

Indochina im Berichtszeitraum

(Februar, März 1981)

Oskar Weggel

A. Vietnam

1. Die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen:
"Siege" und Siegesfeiern

Im Berichtszeitraum brachte Vietnam keinen offiziellen Verhandlungsvorschlag, ließ die Chinesen allerdings mehrere Male wissen, daß es an einer Wiederaufnahme der Gespräche mit China interessiert sei (VNA in SWB, 18.3.81). Es kam auch wieder zu mehreren Grenzzwischenfällen, die u.a. ein Todesopfer forderten.

Hoang Van Hoan trat besonders aktiv hervor. Nachdem er im Januar eine Rundreise durch China veranstaltet und an mehreren Orten Anti-Le-Duan-Reden gehalten hatte (XNA, 21.1.81), feierte er am 4. Februar zusammen mit Mitgliedern der chinesischen Führungsspitze (Hua Guofeng!) das "Frühlingsfest". Am 13. Februar empfing er vietnamesische Landsleute in Beijing, klärte sie über das Wesen der "Le-Duan-Clique" auf und wies sie darauf hin, daß in Vietnam jährlich 2-3 Mio. t Getreide fehlten (XNA, 14.2.81).

Die Vietnamesen konterteten indes mit offiziellen Feiern anläßlich des 2. Jahrestages des "Sieges" über die chinesischen "Expansionisten und Hegemonisten" (Radio Hanoi in SWB, 18.2.81). Zwei Jahre nach dem "Erziehungsfeldzug" sind sich auch außenstehende Beobachter weitgehend einig, daß ein zweiter Erziehungsfeldzug angesichts der wenig schmeichelhaften Erfolge Chinas i.J. 1979 kaum wahrscheinlich ist.

Wenige Tage vorher war ein anderes "Siegesfest" gefeiert worden: Am 9. Februar fand eine offizielle Zeremonie anläßlich des "historischen Dong-Da-Sieges" i.J. 1789 über eine 200.000 Mann starke Armee der Qing-Dynastie statt, und zwar im Dong-Da-Bezirk, d.h. genau an der Stelle der historischen Auseinandersetzungen (VNA in SWB, 19.2.81).

Fortsetzung von Thema: "Neues Licht auf die..."

Seit die DK-Truppen drei Regenzeiten überstanden haben (die ersten Monate des Jahres 1981 sind hier schon mitgerechnet), hat Beijing sein ungünstiges Urteil von 1979 offensichtlich revidieren können und sieht sich in seiner Unterstützungspolitik für das DK bestärkt, einer Politik, die es mit gewissem Zögern schon in Zeiten höchster Not, d.h. also zu Beginn des Jahres 1979, konsequent befolgt hatte.

Anmerkungen:

- 1) Einzelheiten in Oskar Weggel, "Chinas Erziehungsfeldzug gegen Vietnam", C.a., Februar 1979, S.98-127.
- 2) Qishi Niandai 1979, Nr.4.

2. Beziehungen zur Sowjetunion:

Monatliche Hilfe in Höhe von 3 oder 6 Mio.US\$ oder noch höher?

Im Berichtszeitraum wurden ein Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit (VNA in SWB, 20.2.81) und ein bilaterales Transportabkommen (VNA in SWB, 4.3.81) abgeschlossen. Auch mit der DDR kam es zu einem Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit (VNA in SWB, 4.3.81). Potsdamer Kinder sammelten 25.000 Mark für Schulbücher zugunsten vietnamesischer Kinder; in Halle kamen 600.000 Mark zusammen (VNA in SWB, 14.2.81). Vietnam gedachte dankbar des 25. Jahrestags der Errichtung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Vietnam und der DDR (Radio Hanoi in SWB, 4.3.81).

Schwer lastet die Unterstützung Vietnams auf der Sowjetunion. Bisher wurde unter ausländischen "Geheimdiensten" immer die Zahl von täglich 3-4 Mio.US\$ gehandelt. Inzwischen geht der thailändische Geheimdienst davon aus, daß die Sowjetunion täglich 6 Mio.US\$ für Vietnam aufwenden muß, ohne daß die "Schöpfer" dieser Zahlen allerdings eine genauere Begründung für ihre Annahme abgaben (The Straits Times, 20.2.81).

Methodisch kann man für die Berechnung zumindest des militärischen Aufwands in Vietnam auf zweifache Weise vorgehen: Man berechnet entweder den vermutlichen Munitions-, Geräte-, Treibstoff- und Nahrungsmittelverbrauch von 1,2 Millionen Soldaten, von denen 200.000 in Kambodscha und rund 50.000 in Laos stehen, und schlägt hier außerdem noch einen angenommenen Teil an zivilen Hilfsgütern mit auf die Rechnung, oder aber man geht von den Zahlen aus, die die Chinesen beim Abbruch ihrer Vietnam-Hilfe im Juli 1978 angegeben haben. Danach hatte China für Vietnam "über 10 Mrd.\$, Millionen von

- 3) Zhonggong Yanjin 1980, Nr.10, S.141-162.
- 4) Näheres dazu Oskar Weggel, "Die Eroberung Kampuchea durch Vietnam und der chinesische Gesichtverlust", C.a., Januar 1979, S.28-39.
- 5) Qishi Niandai, ebenda.
- 6) Einzelheiten dazu in Oskar Weggel, "Der asiatische Kreidekreis (Kambodscha, das chinesisch-vietnamesische Konfliktspektrum und Möglichkeiten zu seiner Lösung)", C.a., Dezember 1980, S.1055-1064 (1056).
- 7) Ebenda, S.1056.
- 8) Ebenda, S.1056.
- 9) Einzelheiten dazu ebenda, S.1057.
- 10) Einzelheiten dazu in C.a., November 1980, S.970 f.

Gewehren, Zehntausende von Geschützen, über eine Milliarde Kugeln, 10 Millionen Artilleriegranaten und andere Waffen sowie Militärausrüstung zur Verfügung gestellt. Außerdem lieferte China Vietnam 1 Mio. t Teile für komplette Anlagen und Material im Werte von 10 Mrd. Yuan RMB, darunter Millionen Tonnen Getreide, Hunderte von Millionen Meter Baumwollstoff, 100 Lokomotiven, Tausende von Waggons, über 700 Schiffe und Zehntausende von Fahrzeugen..." (RMRB, 19.7.78). Diese Angabe ist etwas unqualifiziert, da der Zeitraum dieser Hilfeleistungen nicht angegeben wurde, und da außerdem nicht klar ist, ob die 10 Mrd. Yuan neben den 10 Mrd. US\$ erbracht wurden, oder ob all die genannten Einzelleistungen von den 10 Mrd. \$ mitumfaßt sind. Selbst wenn man aber von der letzteren Basis ausgeht, die nun gewiß das Minimum der chinesischen Leistungen wäre, und wenn man außerdem annimmt, daß sich diese Hilfe im wesentlichen auf den Zeitraum des 2. Indochina-Kriegs (1964- 1972) beschränkt hat, so kommt man auf einen Tagessatz von rund 3,5 Mio. US\$. Zu erwähnen ist, daß die chinesischen Angaben von der vietnamesischen Seite nicht bestritten wurden - also offensichtlich der Wahrheit entsprechen.

Selbst wenn die Sowjetunion nur für China in die Bresche springen müßte, wäre ihr Anteil also bereits höher als der ursprünglich von den "Geheimdiensten" unterstellte Tagessatz von 3 Mio. US\$. Man darf also davon ausgehen, daß die neuerdings angegebenen 6 Mio. US\$ eher der Wahrheit nahekommen, da neben dem verlorengegangenen "chinesischen Anteil" auch noch der bisher geleistete sowjetische weiter zu entrichten ist.

Immer wieder taucht in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Preis auf, den Vietnam für diese gewaltigen Leistungen zahlen muß.

In einem Interview mit dem Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung, Olaf Ihlau (SZ, 24.1.81), bestreitet der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach erneut, daß Vietnam den Sowjets Stützpunkte in Vietnam eingeräumt habe. Thach: "Solch einen Kuhhandel gibt es zwischen uns nicht... Seit meiner Jugend haben wir immer nur für unsere Unabhängigkeit gestritten. Einstweilen sind keinerlei Militärbasen für die Sowjets geplant. Wir sind ein souveräner Staat. Wie es in der Zukunft aussehen wird, hängt allerdings davon ab, wie sich die internationale Lage entwickelt." Das "bisher nicht" bestimmt solche Gespräche! Allerdings macht der Außenminister einen Unterschied zwischen der Gewährung von Stützpunkten und der Erlaubnis zur Benutzung von Stützpunkten. Gegen letzteres sei doch wohl kaum etwas einzuwenden! Außerdem sei in einem Krieg der Besuch von Schiffen befreundeter Nationen durchaus normal. Erst wenn man ähnliche Benutzungsrechte einräume wie die Philippinen den Amerikanern, könne man von einer Gewährung von Stützpunkten reden.

Auf die Frage, ob Vietnam Truppen in anderen Ländern, z.B. in Afghanistan, einsetzen werde, antwortete Nguyen Co Thach wiederum: "Bisher nicht. Die vietnamesischen Soldaten haben genügend damit zu tun, ihre eigene Heimat zu verteidigen." Auf die Hilfe der Sowjetunion könne man vorerst nicht verzichten, da ein zweiter Angriff der Chinesen nicht auszuschließen sei. Der erste Angriff "war schon sehr dumm; eine zweite Aktion wäre noch viel dümmer. Aber leider haben wir es mit dem dümmsten Volk der Welt zu tun; deshalb müssen wir vorbereitet sein. Wir haben unsere Erfahrungen aus 4000 Jahren Geschichte. Die Chinesen haben mehrere Male unser Land durch Kriege verheert und es besetzt, doch schlucken konnten sie uns nicht. Sie werden wiederum eine Niederlage einstecken müssen." (Zu der "Dummheits"- Formulierung brachte die vietnamesische Botschaft in Bonn eine Berichtigung in einem Leserbrief an die SZ (6.2.81): Es handle sich um ein Übersetzungs- Mißverständnis. Der Außenminister habe in Wirk-

lichkeit geantwortet: "Die erste Aggression war schon sehr dumm. Die zweite wäre noch viel dümmer, aber leider haben wir es mit den dümmsten Leuten (gemeint den Machthabern) der Welt zu tun.")

Nicht gesprochen wurde in dem Interview über die zunehmende Flottenpräsenz der Sowjetunion. Die sowjetische Fernost-Flotte zählt inzwischen 785 Schiffe; zumindest jede Woche passiert ein sowjetisches Kriegsschiff die Malakka-Straße, die den Pazifik mit dem Indik verbindet. Im Indischen Ozean ist Moskau ständig mit 25 bis 30 Kriegsschiffen präsent. Durch den Flugzeugträger "Minsk" hat die pazifische Flotte Angriffscharakter erhalten. Die Regierung von Singapur fürchtet, daß die Sowjets schon heute die Fähigkeit haben, im Ernstfall die Malakka-Straße zu blockieren.

3. Beziehungen zu Thailand: Zusammenarbeit und waches Mißtrauen

Thailand ist über die zunehmende Sowjetpräsenz ebenso besorgt wie über die Zusammenstöße an der thailändisch-kambodschanischen Grenze. Bangkok verlangt von Hanoi dreierlei: Abzug aller vietnamesischen und sowjetischen Truppen aus Kambodscha, UN-überwachten Waffenstillstand und freie Wahlen. Für Thailand ist die Anwesenheit vietnamesischer Truppen 160 km östlich von Bangkok "untragbar". Man will es auf die Dauer auch nicht hinnehmen, daß die sowjetische Flotte sogar in thailändischen Gewässern operiert (Straits Times, 20.2.81). Beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in Thailand (30.1.-3.2.81) wurden diese Probleme ebenfalls erläutert. China machte erneut Hilfszusagen (C.a., Januar 1981, 0 12). Diese Visite wurde von Radio Hanoi (SWB, 5.2.81) scharf kritisiert. U.a. weist der Sender auf den immer noch fort dauernden "Export der Revolution" von China nach Südostasien, u.a. nach Thailand, hin. Hier ist in der Tat ein empfindlicher Punkt angesprochen, der auch andere ASEAN-Staaten nachdenklich macht. Als Lee Kuan Yew im November 1980 bei seinem Beijing-Besuch um Einstellung der Rundfunksendungen der "Stimme der malayischen Revolution" bat (Singapur gehört ebenso wie Malaysia zum Zuständigkeitsbereich der KP Malayas), erhielt er nur die Antwort, daß man versuchen werde, etwas in dieser Angelegenheit zu tun. Zwei Wochen nach seiner Rückkehr jedoch brachte der Partisanensender eine erneute Attacke gegen ihn. Für Malaysia schockierend war das Auftauchen des malayischen Kommunistenführers Musa Ahmad, der im Januar 1981 - nach 25 Jahren Exil in Beijing - in Kuala Lumpur bekanntgab, daß die engen Beziehungen zwischen der KPM und der KPCh nach wie vor bestünden und daß Beijing nach einer Herrschaft im südostasiatischen Raum strebe. Die angebliche Bereitschaft der Chinesen, die kommunistischen Aufstandsbewegungen in südostasiatischen Ländern nicht mehr offen zu unterstützen, sei nur ein taktisches Manöver. Musa Ahmad gab bei dieser Gelegenheit auch bekannt, daß der legendäre chinesische Kommunistenführer Chin Peng ebenfalls seit 1961 in Beijing lebe - ebenso übrigens wie Yusuf Adjitorop, der einzige Überlebende des indonesischen KP-Politbüros von 1965 (Einzelheiten in Asia Week, 23.1.81, S.17 ff.; FEER, 9.1.81, S.10 und 16.1.81, S.13 f.). Inzwischen hat der Untergrundsender "Stimme der malayischen Revolution" gegen die Erklärungen des "Verräters" Ahmad Protest erhoben. Die KPM stehe keinesfalls unter chinesischem Einfluß. Ahmads Aufruf zur Einstellung des Partisanenkampfes sei ein "Verrat" (MD Asien, 11.2.81, S.8).

Zhao Ziyang betonte bei einer Pressekonferenz in Bangkok am 1. Februar 1981, daß die Beziehungen Chinas zu den kommunistischen Parteien in den ASEAN-Ländern "hauptsächlich politischer und moralischer Natur" seien, und daß man in China weiterhin dafür Sorge tragen werde, daß die Beziehungen "zwischen China und diesen Parteien die Entwicklung der Be-

ziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den ASEAN-Ländern nicht beeinträchtigen". China sei stets gegen den Export der Revolution gewesen und bekämpfe die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes durch ein anderes (BRu 1981, Nr.6, S.13 f.).

Heftig sind die Propagandaauseinandersetzungen beider Länder über die Frage, ob es wirklich bewaffnete Zusammenstöße an der gemeinsamen Grenze gegeben hat oder nicht. Thailand behauptet solche Zusammenstöße (z.B. Radio Bangkok in SWB, 29.1.81), Vietnam leugnet sie (VNA in SWB, 29.1.81).

Die Gefahr von Territorialverletzungen, vor allem zur See, hat sich dadurch erhöht, daß Thailand in der Zwischenzeit eine 200-Meilen-Wirtschaftszone ausgerufen hat (Bangkok Post, 10.3.81).

4. Obriqe Außenpolitik

a) Die Diskussion um Abhaltung einer internationalen Konferenz (vorgeschlagen von den ASEAN-Staaten und beschlossen durch die UNO) oder aber einer regionalen Konferenz (vorgeschlagen von den drei Indochina-Staaten) geht weiter, ohne daß eine Annäherung gefunden worden wäre. Eine internationale Konferenz ist sinnlos, solange Vietnam nicht an ihr teilnimmt. Eine regionale Konferenz andererseits fände ohne ASEAN-Beteiligung statt, wäre also alles andere als "regional".

Die Verfechter der beiden verschiedenen Lösungen übersehen, daß im Zentrum aller Auseinandersetzungen die Kambodscha-Frage steht und daß diese zentrale Frage ferner nur zwischen zwei Parteien wirklich geregelt werden kann, nämlich zwischen Vietnam und China. Die ASEAN-Länder können hier nur als Initiatoren und Berater tätig sein. Anzustreben wäre bei einer solchen bilateralen Konferenz eine Strategie des beiderseitigen "ausgewogenen Rückzugs" (Einzelheiten dazu in C.a., Dezember 1980, S.1062 ff.; weitere Angaben auch in C.a., Januar 1981, S.60 f.). Am 25. Februar lehnten die ASEAN-Staaten nochmals ausdrücklich den von Beijing unterstützten vietnamesischen Vorschlag einer Regionalkonferenz ab, bei der die drei Indochina-Staaten mit den fünf ASEAN-Staaten verhandeln sollen (XNA, 26.2.81). Zhao Ziyang betonte bei seiner Pressekonferenz in Bangkok am 1. Februar, daß der vietnamesische Vorschlag "heuchlerisch" sei. Hinter ihm stünden vier Ziele: Anerkennung Indochinas als vietnamesische Einflußsphäre, Anerkennung der "Heng-Samrin-Marionettenclique", Unterlaufung der von der 35. UNO-Vollversammlung beschlossenen internationalen Konferenz über Kambodscha, "Entstellung der grundlegenden Ursachen für die Spannungen in der südostasiatischen Region". Die diplomatischen Vorstöße Vietnams seien Verzögerungsaktionen auf Nebenschauplätzen, die vom Hauptgeschehen in Kambodscha ablenken sollten, wo Vietnam mit systematischer Gründlichkeit Zug um Zug die von ihm geschaffene Ordnung zu zementieren versuche, um letztlich die normative Kraft des Faktischen gegenüber der von der ASEAN-Front und China aufgebauten diplomatischen Verweigerungsfront zum Zuge kommen zu lassen (BRu 1981, Nr.6, S.12 f.). In dieser Richtung argumentieren auch die ASEAN-Staaten.

b) Blockfreien-Konferenz in Delhi:

Ein Erfolg für Vietnam?

Die ASEAN-Länder waren bereits von Anfang an über die Art verstimmt, in der Indien die am 9. Februar nach Delhi einberufene Ministerkonferenz der blockfreien Staaten vorbereitete. Befremdet waren sie vor allem über die Nichteinladung der Pol-Pot-Regierung sowie über den Entwurf einer Erklärung, in der jeder Hinweis auf Vietnam oder Kambodscha als Mitverursacher von Spannungen und Konflikten in Südostasien

fehlte. In dem Entwurf hieß es lediglich, daß fremde Mächte für eine Verschärfung der Konflikte im südostasiatischen Raum verantwortlich seien. Wie schon bei der letzten Konferenz der Blockfreien in Havanna blieb auch diesmal der Sitz Kambodschas vakant.

Aus der Sicht Hanois waren die Ergebnisse von Neu-Delhi ein Erfolg. Zunächst einmal habe man drei Vorstellungen Beijings und der ASEAN-Staaten abwehren können, nämlich die Einräumung eines Sitzes für Pol-Pot-Vertreter, die Bestätigung des UNO-Beschlusses über die Einberufung einer internationalen Kambodscha-Konferenz und die Forderung eines Rückzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha. Darüber hinaus habe die Schlußerklärung zumindest in zwei Punkten mit den Beschlüssen der indochinesischen Außenministerkonferenz in Ho-Chi-Minh-Stadt vom Januar 1981 übereingestimmt: Erstens einmal nämlich gehe die Erklärung davon aus, daß die Spannungen in ganz Südostasien einer Lösung bedürftig und daß nicht eine Einzelfrage, nämlich das sog. "Kambodscha-Problem", in den Mittelpunkt gerückt werden dürfe; zweitens komme es darauf an, diese Probleme zwischen den Südostasien selbst auszuhandeln und nicht etwa außerregionale Kräfte hereinanzuziehen (Interview Nguyen Co Thach in Radio Hanoi, SWB, 2.3.81). Der Außenminister erwähnt nicht, daß keine der wesentlichen Fragen, wie Afghanistan, Kambodscha, Ägypten oder die Spannungen im Indischen Ozean, auch nur annähernd ausdiskutiert werden konnten.

c) Besuch einer Delegation aus Nicaragua

Eine Delegation der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront und der nicaraguanischen Regierung besuchte Mitte März Vietnam. Ihre Aktivitäten erhielten in der Berichterstattung breiten Raum (VNA in SWB, 17. und 19.3.81). Die kubanisch-sowjetische Dimension Nicaraguas kam dabei deutlich zum Ausdruck.

d) Verurteilung eines US-"Kollaboranten"

Der ehemalige amerikanische Marineinfanterist, Robert Garwood, der 14 Jahre in vietnamesischer Kriegsgefangenschaft verbracht hatte, wurde - 15 Jahre nach seinem Verschwinden hinter den feindlichen Linien und fast 7 Jahre nach Abzug aller US-Truppen aus Vietnam - von einem Kriegsgericht der US-Infanterie am 6. Februar der "Kollaboration mit dem Feind" für schuldig befunden und unehrenhaft aus dem Marinekorps entlassen. Außerdem wurde ihm die Soldnachzahlung von 147.000 \$ abgesprochen. Garwood soll Vietcong-Uniform getragen und andere Mitgefangene im Dschungellager bewacht haben. Außerdem soll er bei politischen Schulungskursen im Gefangenenlager als Dolmetscher mitgewirkt, den Kriegsgegner über Beschwerden, Empfindungen und die Haltung der Mitgefangenen unterrichtet, neuangekommene Gefangene nach ihren Einheiten, Ansichten und möglichen Fluchtplänen befragt, Mitgefangene selbst im Sinne der Vietnamesen "indoktriniert" und den Vietnamesen als Wache über Mitgefangene zur Verfügung gestanden haben. Wer wollte hier Richter sein!? Das Gericht zog sich durch ein mildes Urteil aus der Affäre. Es hätte genausogut auch lebenslanges Gefängnis verhängen können.

Wenige Tage später nahm US-Präsident Reagan an einer Ordensverleihung im Pentagon teil und drückte dabei den drei Millionen Amerikanern, die zwölf Jahre lang in Vietnam gekämpft hatten, den "Stolz und die Dankbarkeit der Nation" aus. Die Soldaten seien ohne Sieg heimgekehrt, "nicht, weil sie besiegt wurden, sondern weil man ihnen die Erlaubnis zum Siegen verweigert hatte". Schon im Wahlkampf hatte Reagan den Vietnam-Krieg als eine "noble Angelegenheit" bezeichnet.

e) Hilfeleistungen im Angesicht der vietnamesischen Hungersnot kamen aus Indien (VNA in SWB, 26.1.81) sowie aus Jugoslawien (VNA in SWB, 24.3.81). Dies hielt Vietnam allerdings

nicht davon ab, Jugoslawien wegen seiner einseitigen, angeblich antivietnamesischen Berichterstattung zu tadeln.

f) Wie inzwischen die in Jakarta erscheinende Zeitung "Merdeka" berichtete, hat Vietnam angeblich seine Ansprüche auf die von Indonesien beanspruchten Natuna-Inseln - im Südchinesischen Meer - fallen lassen (AFP in SWB, 23.1.81. Näheres zu diesen Ansprüchen in C.a., Dezember 1980, S.1076 und 1086 mit Landkarten).

5. Innenpolitik

a) Regierungsumbildung: Routinemaßnahme oder "Säuberung"? Am 25. Januar gab Nhan Dan eine umfassende Regierungsumbildung bekannt, von der neun Ministerien (einschließlich einer staatlichen Kommission) betroffen sind, sowie die Entlassung von fünf Ministern.

Die Umbildung, die zweite seit dem 7. Februar vergangenen Jahres (dazu ausführlich C.a., Februar 1980, 0 8: Austausch von sieben Ministern), wurde in einem Erlaß des amtierenden Präsidenten der SRV, Nguyen Huo Tho, veröffentlicht. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Tran Quynh, wurde zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Fünf Minister wurden ihrer Posten enthoben, nämlich der Minister für Getreide und Nahrungsmittel, ferner die Minister für Binnenhandel, für Wasserwirtschaft, für Meeresprodukte und für Forstwirtschaft. An ihre Stelle traten fünf neue Minister und ein stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission (VNA in SWB, 27.1.81).

Offensichtlich war dieses Personenkarussell Folge der Wirtschaftskatastrophe, in der sich Vietnam z.Zt. befindet. Nguyen Lam, der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, hatte in seinem Referat auf der 7. Tagung der VI. Nationalversammlung am 20. Dezember einige der obenerwähnten Ministerien angegriffen. Schon im Januar waren organisatorische Änderungen vorgenommen worden. Damals hatte man das Ministerium für Energie und Kohle in zwei Ministerien aufgespalten, nämlich in ein Energieministerium sowie ein Ministerium für Kohle und Bergwerke; das Ministerium für Getreide und Nahrungsprodukte wurde ebenfalls aufgeteilt in ein Ministerium für Nahrungsmittelindustrie und in ein Ernährungsministerium (VNA in SWB, 27.1.81).

Die Änderungen zeigen deutlich, wo die Vietnamesen z.Zt. der Schuh drückt, nämlich im Ernährungs- und im Energiebereich. Vor allem der Nahrungsmittelengpaß gibt zu denken. Infolge der schlechten Ernte (statt geplanter 21 Mio.t waren 1980 nur 14 Mio.t eingebracht worden) besteht die Gefahr der Unterernährung, ja des Hungers. Die Nahrungsmittelzuteilungen sind seit Februar 1981 pro Monat auf 11,6 kg zurückgeschraubt worden - also weit unter die Schwelle von 15 kg, die von der FAO als Minimumgrenze betrachtet wird. Blindheit, verursacht durch Vitamin-A-Mangel, und Tuberkulose breiten sich aus. Nach UN-Schätzungen werden 400.000 t Nahrungsmittel als dringendste Nothilfe benötigt (The Straits Times, 16.2.81).

Ursache für die schlechten Ernten sind sechs Taifune und Fluten in Nordzentralvietnam, nicht zuletzt aber auch Fehlplanung und Mißmanagement. Selbst während der Kriegszeiten ist es den meisten Vietnamesen nicht so schlecht gegangen wie heute. Damals lagen die Zuteilungen immerhin bei rund 20 kg pro Person. Noch während des Krieges hatte Hanoi einen Großteil seiner Reislücke durch China gedeckt erhalten, und zwar im Werte von durchschnittlich 300 Mio. US\$ pro Jahr. Seit diese Hilfe im August 1978 eingestellt wurde, hat es Probleme gegeben. Inzwischen hat auch die Sowjetunion er-

klärt, daß sie nicht in der Lage sei, für den Fehlbedarf aufzukommen. Im Juni 1980 hatte Bangkok 50.000 t Reis zugesagt, diesen Handel jedoch rückgängig gemacht, nachdem es zu blutigen Zwischenfällen entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze gekommen war (weitere Einzelheiten, vor allem über den Bericht Lams zum zweiten Fünfjahresplan, in C.a., Januar 1981, S.59 f.). Im Jahre 1980 hatte sich die Wirtschaftskrise Vietnams dramatisch verschärft: Die Inflationsrate auf den freien Märkten lag bei 60%, die Ausgaben für den Schuldendienst überstiegen längst den Wert sämtlicher Exporte in Länder mit konvertiblen Währungen. Unbefriedigende Reisernten nach schweren Unwettern, zunehmende Engpässe in der Lebensmittelversorgung, aber auch die möglicherweise verteuerten Hilfeleistungen der Sowjetunion veranlaßten Hanoi, in einem formellen Antrag die EG um Nahrungsmittelunterstützung zu ersuchen. In einem Interview mit der SZ (24.1.81) drückte der vietnamesische Außenminister seine Hoffnung auf deutsche Unterstützung aus. Wörtlich: "Deutsche Hilfe könnten wir gut gebrauchen, denn es geht uns dreckig; unser Lebensstandard sinkt. Wir sind wohl das ärmste Land Südostasiens, im Vergleich mit anderen aber daran gewöhnt, den Gürtel enger zu schnallen. Deshalb möchte ich gleichwohl behaupten, daß wir politisch trotz vieler Schwierigkeiten der stabilste Staat dieser Region sind. Wie gesagt, Hilfe nehmen wir gerne an, wenn sie von Herzen kommt und nicht an politische Bedingungen geknüpft ist. Das bleibt für uns eine Frage des Selbstrespekts."

Nicht nur in der Regierung, sondern auch in der KPV gab es - wie die chinesische Propaganda es ausdrückt - "massive Säuberungen" (XNA, 16.2.81). Mehr als 100.000 Mitglieder in beinahe der Hälfte der Grundorganisationen der KPV erhielten keine neuen Mitgliedskarten. Über 10.000 Personen sind endgültig aus der Partei entfernt worden, während die übrigen weiterer Erziehung und Beobachtung bedürfen (weitere Einzelheiten zur Parteibuchaktion in C.a., Januar 1981, S.58).

Die vietnamesische Presse drückt denselben Tatbestand nicht negativ, sondern positiv aus. 1980 habe die Partei neue Mitgliedskarten an 17.400 Parteiorganisationen (=49% aller Basisorganisationen im ganzen Land) ausgegeben. Über 700.000 qualifizierte Parteimitglieder (=44% aller Parteimitglieder und 87% der Mitglieder dieser honorierten Organisationen) hätten ihre Mitgliedskarten erhalten. Eine Reihe von unqualifizierten Parteimitgliedern (ungefähr 1,33% der Partei) sei ausgestoßen worden. Die Ausgabe habe einen "tiefgreifenden Erziehungseffekt auf politischem und ideologischem Gebiet" bewirkt und die "Qualität der Parteimitglieder" erhöht (Radio Hanoi, 19.2.81). 1981 soll die Parteibuchaktion weitergehen.

b) Neujahrsfest

Das traditionelle Mond-Neujahr, das in Vietnam - anders als in China - nicht als "Frühlings"-, sondern immer noch als traditionelles sog. "Tet-Fest" gefeiert wird, brachte in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt Versammlungen zwischen Partei und Bevölkerung mit sich (Radio Hanoi in SWB, 11.2.81). U.a. traf die Partei mit "Intellektuellen" zusammen - offensichtlich eine Annäherungs- und Versöhnungsgeste im Zeichen eines neuen gemäßigten Liberalisierungskurses.

c) Sicherheitsfragen

Auffallend häufig sind Aufrufe zur Verstärkung der Sicherheitspolitik sowie Versammlungen, an denen Innenminister Pham Hong teilnimmt (Radio Hanoi in SWB, 4. und 25.3.81). Besonders soll künftig gegen solche Leute vorgegangen werden, die irgendwelche Verbindungen mit China haben und die falsche Gerüchte oder aber Feindpropaganda ausstreuen (Radio Hanoi in SWB, 25.3.81).

Währenddessen wird die chinesische Propaganda nicht müde, vom "Erwachen" des vietnamesischen Volks und vom "Widerstand gegen die Le-Duan-Clique" zu berichten (XNA in SWB, 7.2. und 3.3.81). Selbst in der vietnamesischen Presse bemerkt Xinhua Hinweise auf interne Widerstandsgruppen. So gebe es beispielsweise eine "Front zur nationalen Rettung" in Ho-Chi-Minh-Stadt (XNA in SWB, 7.2.81). Auch Meldungen über den Widerstand der FULRO gehen weiter (SWB, 19.3.81).

Sicherheitsprobleme werden in Vietnam z.T. nach wie vor durch Umerziehungslager und Verschickungen in die neuen Wirtschaftszonen gelöst.

Die Umerziehung durch "Lernen und praktische Arbeit" begann Mitte 1975. Rund 1,2 Millionen Angehörige der früheren süd-vietnamesischen Streitkräfte, 1,2 Millionen Mitglieder der paramilitärischen Einheiten, 125.000 Angehörige der Polizei und rund 300.000 Beamte des alten Regimes wurden seitdem in Internierungslagern untergebracht, wo sie z.T. körperliche Arbeit zu verrichten (Infrastruktur, Ackerbestellung), z.T. aber eine politische Erziehung zu durchlaufen haben.

In den Neuen Wirtschaftszonen sind zahlreiche Angehörige der alten Bourgeoisie, vor allem Stadtbewohner, u.a. Schwarzhändler und Prostituierte, untergebracht. Da es sich um abgelegene Areale handelt, die u.a. auch in den Grenzgebieten zu Kambodscha liegen, sind die Bewohner dieser NWZ leicht zu kontrollieren.

d) Massenorganisationen

aa) Gewerkschaften

In Ho-Chi-Minh-Stadt ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stark angestiegen, und zwar von 81.012 Mitgliedern i.J. 1976 auf 267.052, d.h. von 42,82% aller Arbeiter auf 85,07%. In zahlreichen staatseigenen Unternehmen liegt die Rate sogar bei 95% (VNA in SWB, 4.3.81).

bb) Religiöse Einrichtungen

Im Januar trat das "Komitee für die Vereinigung der buddhistischen Organisationen Vietnams" in Hanoi zusammen (Radio Hanoi in SWB, 23.1.81).

Flüchtlinge aus Vietnam berichten von einem wieder schärferen Kurs der Regierung gegen vietnamesische Katholiken, der im Zusammenhang stehe mit den Meldungen über die Unruhen in Polen (IHT, 23.2.81).

cc) Kindererziehung

Bei einer Konferenz über Kindererziehung in Hanoi, bei der die Arbeit der letzten fünf Jahre (1976-1980) überprüft wurde, erging ein Beschluß, nach dem ab 1985 etwa 1,7 Millionen Säuglinge zwischen 2 und 36 Monaten (=31,5% aller Neugeborenen) in Kinderkrippen unterkommen sollen. Die schwierige Ernährungssituation kam ebenfalls zur Sprache. Es fehle an Eiern, Bananen und Sojamilch (Radio Hanoi in SWB, 25.3.81).

e) Am 10.März feierte die Nhan Dan, das Zentralorgan der KPV, ihr 30jähriges Jubiläum, an dem die Spitzen von Partei und Regierung teilnahmen. Nhan Dan habe, wie es hieß, die Nachfolge von Thanh Nien ("Jugend": erschienen von 1925 bis 1927), ferner von Tranh Dau Tien Len ("Vorwärts": 1930-31), der Dan Chung ("Die Massen"), der Tin Tuc ("Information") und der Lao Dong ("Arbeit") in der Periode der Demokratischen Front 1936-39 sowie der Zeitung Co Giai Phong ("Befreiungsbanner": 1942-45) und der Zeitung Su That ("Wahrheit": 1945-50) angetreten (Radio Hanoi in SWB, 25.3.81).

f) Militär

Daß es Schwierigkeiten bei der Rekrutierung gibt, hat mittlerweile auch Nguyen Lam, der vietnamesische Planungschef,

in einem Interview mit der FEER (27.2.81, S.32 f.) zugegeben. Die Verteidigungslast drücke in der Tat schwer auf die vietnamesische Wirtschaft. Obwohl der einzelne Soldat täglich nur 5 Dong (ungefähr 2 \$) Taschengeld bekomme, sei die Belastung für die Ernährung und Ausrüstung doch gewaltig. Nähere Angaben mochte Lam allerdings nicht machen. Besonders ungerne gingen die Soldaten nach Kambodscha.

Die chinesische Propaganda, die das Thema "Vietnamesische Oberläufer nach Thailand" permanent auffrischt, scheint also nicht ganz unrecht zu haben.

Die Führung sucht mit Kampagnen gegenzusteuern. Seit 1979 läuft eine "Wettbewerbskampagne", bei der immer wieder Modelleinheiten herausgehoben werden. Bei der Konferenz vom 19. bis 21. Februar in Hanoi wurden beispielsweise sieben solcher vorbildlichen Einheiten zur Nachahmung empfohlen (Radio Hanoi in SWB, 26.2.81). Teilnehmer der Konferenz äußerten sich unzufrieden über die Ergebnisse des bisherigen Verlaufs der Wettbewerbe (Radio Hanoi in SWB, 31.1.81).

Bis 1975 war mangelnde Kampfmoral im allgemeinen kein Problem der Armee. Doch seitdem wollen viele Angehörige, vor allem soweit sie aus dem Süden des Landes stammen, nicht mehr so recht einsehen, warum der Krieg auch heute kein Ende nimmt.

Als der Volksausschuß von Ho-Chi-Minh-Stadt vor kurzem eine Konferenz über die Rekrutierung in den Jahren 1976 bis 1980 abhielt, waren die Teilnehmer schockiert über die zahlreichen Unzulänglichkeiten und über die mangelnde Begeisterung von Offizieren und Soldaten sowie über die Schwächen in der Ausbildung und "Motivierung der Kader" (Radio Hanoi in SWB, 25.3.81).

Immer häufiger finden deshalb Armeekonferenzen, "militärische Wissenschaftstreffen", "Armeebuch-Konferenzen" und Reisen von Generalen an die verschiedenen Frontabschnitte statt (Radio Hanoi in SWB, 19.2., 5.3. und 25.3.81). Anfang Februar besuchte Generalstabschef Van Tien Dong die Nordostgrenze gegenüber China (Radio Hanoi in SWB, 5.2.81).

Das Hauptproblem scheint aber nach wie vor die Westfront (Kambodscha) zu sein. Ende 1980 sollen über 10.000 Soldaten in der Can-Tho-Provinz rekrutiert worden sein, doch sei nur die Hälfte dieses Kontingents in Kambodscha angekommen; der Rest sei desertiert. In einem Regiment, bestehend aus 1.200 neuen Soldaten aus Vietnam, seien 900 desertiert. Angesichts dieser Situation habe die Kommunistische Jugendliga eine Sonderresolution bei ihrer 29.Konferenz i.J. 1980 angenommen, in der sie die Ligamitglieder aufforderte, Deserteure mit Mitteln der Überredung dazu zu bringen, in ihre Einheiten zurückzukehren. Die Parole "Widerstand gegen die Versendung von Truppen über die Landesgrenzen hinaus" sei weitverbreitet (so XNA in SWB, 7.2.81).

6. Wirtschaft

Not macht erfinderisch. Der neue Wirtschaftskurs der vietnamesischen Führung erinnert bis in Einzelheiten hinein an Maßnahmen, wie sie im Dezember 1978 in der VR China beschlossen wurden. Nach den harten, dogmatischen Maßnahmen des Jahres 1978, die zur Flucht Zehntausender aus dem Land führte und die viele Bauern dazu veranlaßte, nur noch ein Minimum an den Staat abzuliefern, läuft seit Ende 1980 eine Liberalisierungskampagne: Im Mittelpunkt stehen die Teilautonomie der Betriebe sowie die Zulassung größerer materieller Anreize. Der erstere Punkt ist, wie Nguyen Lam zugeht, in der Führung noch umstritten, doch scheint sich die

Autonomierichtung langsam durchzusetzen (FEER, 27.2.81, S.33).

Die Folge der Autonomisierung wäre eine Verstärkung der Ver-
tragstätigkeit einzelner Einheiten (ebenda, S.29), die an-
stelle der bisher einseitig von oben herab verordneten Be-
triebsverpflichtungen tritt.

Höhere Einkommenserwartungen sollen leistungssteigernd wir-
ken. Welche Auswirkungen eine solche Steigerung hat, erfuhr
die Führung der Dong-Thap-Provinz: 1979 konnte sie nur
21.000 t Reis ankaufen, 1980 dagegen 90.000 t. Der Grund
dafür war, daß die Bauern 1979 nur 1,30 Dong pro Kilo, 1980
dagegen zwischen 2,20 und 2,50 Dong erhielten. Bei weiterer
Steigerung werde es möglicherweise 1981 sogar Aufkaufmengen
von 150.000 t geben (ebenda, S.30). Leistung wird m.a.W.
durch eine neue Preispolitik gewürdigt. In Zukunft sollen
aber auch die 3,5 Millionen Staatsangestellten und Arbeiter
höhere Gehälter bekommen, wovon sich die Regierung eine Lei-
stungssteigerung erhofft (Lam, ebenda, S.33).

Ferner werden Familienunternehmen wieder geduldet, die 1978
verschwunden waren. Seit einer Liberalisierungsverordnung
von Ende 1979 sind allein in Ho-Chi-Minh-Stadt 2.000 Hand-
werksbetriebe (Herstellung von Körben, Seife, Elektroartike-
len usw.) entstanden (ebenda, S.30). Man hat eingesehen,
daß die frühere egalitaristische Politik leistungshemmend
wirkt.

Der neuen "Liberalisierung" dient auch die oben erwähnte
"Säuberung" der Regierungs- und Parteikader-Reihen (vgl.
oben 5a).

Von der Sowjetunion erwarten die Vietnamesen in Zukunft ab-
nehmende Hilfe. Noch beim zweiten Fünfjahresplan (1976-1980)
steuerte die Sowjetunion 757 Mio.US\$ Wirtschaftshilfe jähr-
lich bei (ebenda, S.32). Da ihre Preise in der Zwischenzeit
jedoch angezogen haben (der Ölpreis i.J. 1980 erhöhte sich
gegenüber früher um das Eineinhalbfache), ist Vietnam ver-
stärkt auf Einkäufe auf dem freien Weltmarkt angewiesen. Da
auch amerikanische Hilfe nicht zu erwarten ist (Lam gab zu,
daß die Vietnamesen 1976 fest mit den von Nixon zugesagten
3,2 Mrd.US\$ Aufbauhilfe gerechnet hätten), muß Vietnam sich
verstärkt auf Eigenhilfe besinnen (ebenda, S.31). Besseres
Management, Minimalisierung der Eingriffe durch Parteikader
und Ideologen und Ermunterung zur Eigeninitiative sind mo-
mentan die Antworten auf diese neue Herausforderung.

Die Planprioritäten liegen jetzt bei Nahrungsmittel- und
Energieerzeugung, wobei man einerseits die reichlich vorhan-
denen Kohlevorräte stärker zu nutzen gedenkt und gleichzei-
tig auf das Off-shore-Öl hofft, nach dem ursprünglich die
Deminex gebohrt hatte, und das heute von sowjetischen Unter-
nehmen exploriert wird.

Interessant sind noch einige Zahlen, die Lam mitteilte:
Vietnam verfüge z.Zt. über ein Arbeitspotential von 19-20
Millionen Beschäftigten in der Landwirtschaft, 3 Millionen
in der Industrie und 1 Million im Dienstleistungssektor;
eine weitere Million sei arbeitslos. Im Laufe der nächsten
fünf Jahre träten 6 Millionen weitere Anwärter auf dem Ar-
beitsmarkt auf. Es gebe für sie eigentlich nur den Weg in
die Landwirtschaft, in die Neuen Ökonomischen Zonen oder
aber in das Handwerk. U.a. könne man die Gummi- und Kaffee-
plantagen neu beleben und dort etwa 50.000 Menschen unter-
bringen. Außerdem müsse die Familienplanungspolitik darauf
achten, daß die jährliche Bevölkerungszunahme in den näch-
sten fünf Jahren je 2,2% nicht übersteige (ebenda, S.32).

B. Kambodscha

Zwei Großereignisse beherrschten den Berichtszeitraum, näm-
lich der Versuch Sihanouks, mit den DK-Kräften ein Bündnis
einzugehen, und der Erlaß einer Verfassung in der VRK.

Gleichwohl sei nachfolgend die bereits zum festen Schema
gewordene Reihenfolge der Darstellung eingehalten.

I. Das Demokratische Kampuchea (DK)

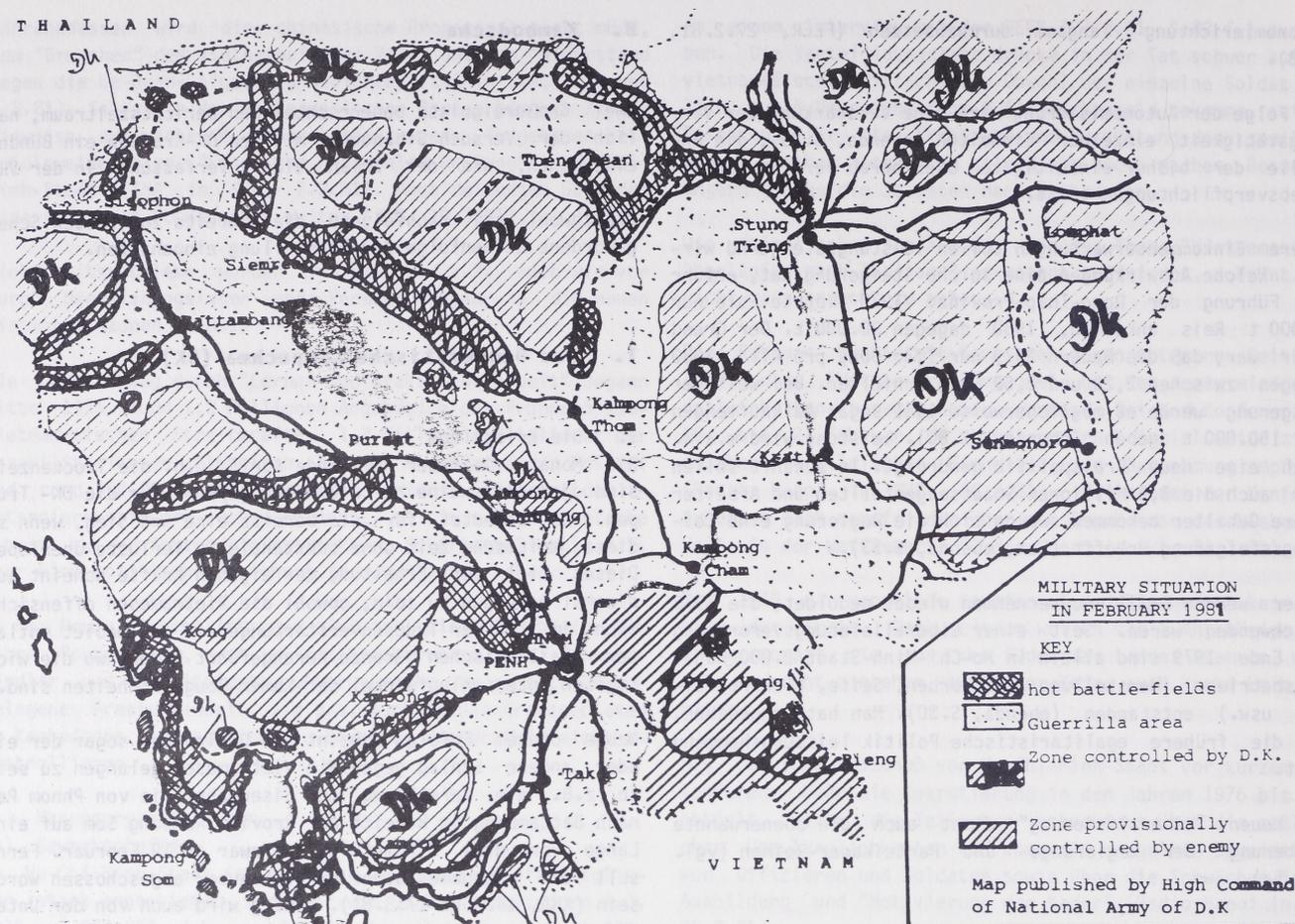
1. Die Kriegslage

Die Monate Dezember bis Ende April, d.h. die Trockenzeit,
sind jedesmal eine harte Bewährungsprobe für die DK- Trup-
pen. Es bedeutet für sie bereits eine Art Sieg, wenn sie
diese kritische Zeit ohne substantielle Verluste überleben.
Dieses Ziel der Erhaltung der eigenen Kräfte scheint auch
diesmal gelungen zu sein, obwohl die Vietnamesen offensicht-
lich im Februar Truppenverstärkungen in das Gebiet entlang
der thailändischen Grenze herangeführt haben, wo die wichti-
gsten Unterschlupfwinkel der Khmer-Rouge-Einheiten sind.

Neben diesem Erfolg scheint den DK-Truppen sogar der eine
oder andere Schlag gegen die Vietnamesen gelungen zu sein,
so z.B. die Zerstörung der Eisenbahnlinie von Phnom Penh
nach Battambang im Bereich der Provinz Kompong Som auf einer
Länge von drei Kilometern, und zwar am 19.Februar. Ferner
soll ein vietnamesischer Hubschrauber abgeschossen worden
sein (XNA, 14. und 17.3.81). Häufig wird auch von der Unter-
brechung des vietnamesischen Nachschubs durch DK- Kräfte
gesprochen (XNA, 15.3.81). Da zahlreiche Gefechte entlang
der thailändischen Grenze stattfanden, kam es auch zu Grenz-
zwischenfällen, in die Thais verwickelt wurden (Voice of
Free Asia in SWB, 27.2.81). DK-Radio behauptet, daß die ei-
genen Truppen im Januar 12.782 Vietnamesen ausgeschaltet
hätten. Auch wird von einer Fülle von erbeuteten Waffen be-
richtet (im einzelnen SWB, 27.2.81). Die IHT brachte am
3.März ein Bild, auf dem ein Khmer-Rouge- Soldat mit Beute-
waffen abgebildet ist.

Die Vietnamesen sollen erneut Giftgas bei den Kämpfen einge-
setzt haben (XNA, 20. und 23.3.81).

Die DK-Regierung gab Ende Februar eine Landkarte heraus, in
der die militärische Situation während der "dritten Trocken-
zeit", und zwar im Monat Februar 1981, aufgezeichnet ist.
Aus dieser Karte gehe hervor, daß die DK-Truppen in der Zwi-
schenzeit Fortschritte gemacht hätten. Die Guerillazonen
erstreckten sich quer über Kambodscha bis hinüber zur östli-
chen Svay-Rieng-Provinz, während die Zone der heißen Ausein-
andersetzungen zwischen DK-Truppen und vietnamesischen Ein-
heiten auf strategische Punkte konzentriert sei, vor allem
entlang der Nationalstraßen und im Westen des Landes. "Und
das will die drittstärkste Armee der Welt sein!" (Die DK-
Karte ist farbig gezeichnet. Im vorliegenden Zusammenhang
wurde sie durch Schraffuren so umgearbeitet, daß der Aussa-
gewert der Mutterkarte nicht verlorengeht.)



Selbst wenn die in der Karte gemachten Aussagen zuträfen (rund die Hälfte des kambodschanischen Territoriums wäre demnach unter DK-Kontrolle!), bliebe doch immerhin beachtenswert, daß "Herz-Kambodscha", nämlich die Gegend entlang dem Tonle und um Phnom Penh, offensichtlich von Vietnamesen beherrscht wird; es ist gewiß auch nicht übertrieben zu behaupten, daß die als "Guerrillagebiet" eingetragenen Areale ebenfalls unter vietnamesischer Kontrolle stehen.

Was die Streitkräfte anbelangt, kann man davon ausgehen, daß entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze, vor allem im Raum von Aranya Prathet, auf der einen Seite rund 100.000 vietnamesische Soldaten und auf der anderen etwa 40.000 Khmer-Rouge- und rund 5.000 Khmer-Sereil-Soldaten (letztere unter Führung von Son Sann) stehen, während im übrigen Land weitere 100.000 Vietnamesen sowie 15.000 Heng-Samrin-Soldaten kämpfen. Wenn man der chinesischen und der DK-Propaganda Glauben schenken darf, so laufen immer mehr demoralisierte Vietnamesen zum Feind über oder fliehen nach Thailand.

2. Außenpolitik: Rückschläge und Teilerfolge

Zu Beginn des Jahres 1981 standen zwei große Konferenzvorschläge zur Debatte, nämlich die von der UNO im November 1980 beschlossene internationale Kambodscha-Konferenz und die von den drei Indochina-Staaten Ende Januar vorgeschlagene Regionalkonferenz. Beide Veranstaltungen sind in der Zwischenzeit am Widerstand der jeweils anderen Partei gescheitert (ausführlich dazu C.a., Januar 1981, S.60 f.).

Rückschläge hat die DK-Regierung in der Zwischenzeit in Australien und in Indien hinnehmen müssen, wo die Regierungen (so z.B. in Australien am 14.2.) die Aberkennung aussprachen (Radio Melbourne in SWB, 17.2.81). Ferner verhinderte die indische Regierung eine Teilnahme des DK an der Blockfreien-Konferenz im Februar 1981, wogegen sowohl die DK-Regierung

als auch Beijing protestierten (XNA, 15.2.81): Wie komme Indien dazu, das DK, das bisher doch stets ein Vollmitglied der Blockfreien-Bewegung gewesen sei, nun einfach willkürlich auszuschließen!? Andererseits wurde freilich auch die VRK-Regierung nicht eingeladen, so daß es in Neu-Delhi einen leeren Kambodscha-Sitz gab. Auch bei der Genfer Abrüstungskommission, bei der es u.a. um Fragen des Verbots von chemischen Kampfgasen geht, wurde DK-Kambodscha (aber auch die VRK) erneut nicht zugelassen (XNA, 11.2.81).

Tröstlich mag es andererseits für die DK-Regierung sein, daß Japan an seiner Anerkennungspolitik festhält und daß es sich gleichzeitig nach wie vor weigert, den Vietnamesen Entwicklungshilfe zu leisten, solange sich deren Truppen in Kambodscha befinden. Dies wurde vor allem beim Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Suzuki in mehreren Städten Südostasiens deutlich. Es scheint ziemlich sicher, daß Japan sich hier der chinesischen Linie anbequem hat. Suzuki betonte allerdings, daß seine Regierung keineswegs das Pol-Pot-Regime verteidige. Die japanische Regierung wünsche nach wie vor eine glaubwürdige Alternative zu Pol Pot und Heng Samrin, wobei einmal mehr Prinz Sihanouk und der frühere Ministerpräsident Son Sann als mögliche Kandidaten genannt wurden.

3. Innenpolitik

a) Kein freiwilliges Exil der führenden Khmer-Rouge-Vertreter

Son Sann und Sihanouk, die beiden Alternativen für ein "drittes Kambodscha", hatten bereits mehrere Male darauf hingewiesen, daß sie bereit seien, mit den Roten Khmer zusammenzuarbeiten und auch eine internationale Anerkennung der Khmers Rouges zu unterstützen, falls die Exponenten des DK von ihren Ämtern zurücktraten. Es ist ein alter Lieblingsgedanke Sihanouks, daß diese Personen unseligen Ange-

denkens nach Beijing gehen - eine gewiß elegante Lösung! Inzwischen hat allerdings Vietnam deutlich gemacht, daß es gegen eine "dritte Lösung" genauso scharf vorgehen würde wie die Pol-Pot-Leute; insbesondere aber haben führende Persönlichkeiten der DK-Bewegung hervorgehoben, daß für sie ein freiwilliges Exil ausgeschlossen sei (so der DK-Finanzminister (AFP in SWB, 13.3.81)). Dieselbe Meinung vertrat Außenminister Ieng Sary, der statt dessen die Dringlichkeit einer gemeinsamen Front aller Khmers betonte (Bangkok Post in SWB, 18.3.81).

Noch Anfang Februar hatte die Bangkok Post gemeldet, daß ein Führungswechsel bei den Roten Khmer unmittelbar bevorstehe. Ministerpräsident Khieu Samphan und Armeebefehlshaber Pol Pot sollten nach dieser Meldung bald von Son Sann abgelöst werden.

b) Beijing bezeichnete die "Hinrichtung von drei Millionen Kambodschanern" als Lüge.

Diese Zahl sei von Vietnam und der Sowjetunion erfunden worden. Statistiken zeigten, daß sich, als das Lon-Nol-Regime i.J. 1975 gestürzt wurde, Kambodschas Bevölkerung ungefähr auf sieben Millionen belief. In einem AFP-Bericht vom Januar 1980 aus Phnom Penh wurde von einer Bevölkerungszahl von nahezu sechs Millionen gesprochen. Außerdem gibt es entlang der kambodschanisch-thailändischen Grenze rund 700.000 kambodschanische Flüchtlinge. Erst seit dem von Vietnam entfesselten Aggressionskrieg gehe die Bevölkerungszahl zurück. Dies sei ein "direktes Ergebnis der vietnamesischen rassenmörderischen Politik in Kampuchea". In der Vergangenheit habe das DK "wirklich einige ernsthafte Fehler, einschließlich ungesetzlicher Hinrichtungen, begangen". Dafür hätten die DK-Führer aber auch schon mehrere Male "offen ihre Fehler zugegeben, Selbstkritik geübt und Maßnahmen zur Berichtigung ihrer Fehler ergriffen". Auch das neue politische Programm der großen Einheitsfront zeige, daß man jetzt auf dem richtigen Wege sei. Die Mordgerüchte dienten lediglich dem Zweck, die DK-Regierung aus der UNO hinauszukatapultieren (BRu 1980, Nr.40, S.11).

Nichts als Falschmeldungen also in der westlichen Welt! Das Zeugnis Zehntausender von Flüchtlingen - eine Lüge!

c) Neues Recht

Das in der vorliegenden Sparte nun schon öfters zitierte "Tribunal für die Verbreitung der legalen Prinzipien" hat inzwischen bekanntgegeben, daß demnächst auch ein "Gesetz über Kultur und Erziehung" erlassen werden soll. Dieses Gesetz werde jedem Kambodschaner das Recht auf Ausbildung entsprechend seinen Fähigkeiten garantieren. Auch ein Gesetz zum Schutz der Nationalsprache und der nationalen Traditionen möge erlassen werden. Schutz verdienten vor allem die Tempelanlagen von Angkor. Darüber hinaus brauche man ein Gesetz über Propaganda und Information, in dem sichergestellt werde, daß die Bevölkerung auch wirklich im Geiste der Wahrheit unterrichtet werde. Auch Gesetze über soziale Wohlfahrt und Arbeit, über Bürgerrechte, über öffentliches Gesundheitswesen, über die tägliche Arbeit, über Krankenversorgung, freie medizinische Behandlung, über Eheschließung und dergleichen mehr müßten erlassen werden (DK-Stimme in SWB, 9.2.81).

Offensichtlich ist bisher keines dieser Gesetze ergangen und würde selbst dann, wenn dies der Fall wäre, wohl kaum in die Praxis umgesetzt.

Sind diese nur im Wunschenken existierenden "Gesetze" eigentlich als Antwort auf die in der VRK neuerdings herausgegebenen Gesetzeswerke gedacht?

Merkwürdig ist es im übrigen auch, daß alle jene Institutionen, die während der Khmer-Rouge-Herrschaft (1975-1978) in aller Gründlichkeit abgeschafft worden waren, nunmehr de lege ferenda rekonstituiert werden sollen.

II. Die VR Kampuchea (VRK)

1. Außenpolitik

a) Am 18. Februar wurde der 2. Jahrestag des Abschlusses des Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit Vietnam gefeiert, in dem die "Sonderbeziehungen" zwischen beiden Staaten legalisiert wurden. Seitdem hätten beide Völker ihre "militante Solidarität" noch weiter gestärkt (Radio PP in SWB, 20.2.81). Ähnliche Feiern wurden in Vietnam veranstaltet (Radio Hanoi in SWB, 20.2.81).

Dem schon jetzt bestehenden dichtmaschigen Verflechtungsnetz zwischen beiden Staaten wurden gleich noch einige neue Fäden hinzugefügt. Am 1. März unterzeichneten die Sowjetunion, Vietnam und die VRK-Regierung in Phnom Penh ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben. Das Abkommen werde dem Wiederaufbau der Wirtschaft Kambodschas dienen. Möglicherweise ist dieses Abkommen die Antwort auf die Einstellung von Hilfeleistungen von seiten westlicher Staaten und Japans an Kambodscha (SPK in SWB, 3.3.81). Schon am 13. Februar war es zu einem bilateralen Abkommen der VRK mit der Sowjetunion über Wirtschaftshilfe gekommen (SWB, 17.2.81). Auch die DDR unterzeichnete ein Abkommen, nämlich über kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit, und zwar am 6. März (SPK in SWB, 10.3.81).

b) Zur Frage vietnamesischer Siedler in Kambodscha:

Vor allem die DK- und die chinesische Propaganda kommen immer wieder auf die Ansiedlung von Vietnamesen in Kambodscha zu sprechen - eine Anschuldigung, die im ersten Moment glaubhaft klingt, da Kambodscha - geographisch gesehen - in der Tat eine Ausdehnung des südvietnamesischen Reisgürtels nach Westen hin ist, und da außerdem die fischreichen Flüsse, vor allem aber der wegen seines Fischsegens berühmte Tonle-See vietnamesischen Fischern beste Chancen gäbe. XNA (in SWB, 26.2.81) behauptet, daß vietnamesische Mechaniker, Schneider, Fischer und Händler in Gebieten entlang der thailändischen Grenze angesiedelt worden seien. Außerdem hätten sich, wie zwei japanische Reporter beobachtet haben wollen, vietnamesische Jugendliche in der Reisanbaugegend um Battambang niedergelassen. Radio DK bezeichnet Vorgänge dieser Art als "Vietnamisierung" Kambodschas (SWB, 5.3.81). Nachgeprüft werden konnten solche Behauptungen bisher nicht.

Es ist aber möglich, daß einige der rund 400.000 Vietnamesen, die noch unter der Herrschaft Sihanouks, d.h. bis 1970, in Kambodscha, vor allem in der Gegend um Phnom Penh, gewohnt hatten, und die dann später unter Lon Nol verfolgt wurden, versuchen, in ihre Wahlheimat zurückzukehren. Am 4. Dezember 1979 war zwischen Hanoi und Phnom Penh ein Visa-Abkommen unterzeichnet worden. Kein geringerer als Sihanouk hatte damals in diesem Zusammenhang einen Kolonialisierungsverdacht ausgesprochen. Die Regierung in Phnom Penh leugnet, daß sie die Erlaubnis zu Ansiedlungen gegeben habe. Von den rund 100.000 ehemaligen Kambodscha-Bewohnern in Südvietnam (Zehntausende, die die Vertreibungsmaßnahmen Lon Nols erlebt hatten, wurden von den Khmers Rouges hingerichtet) wollten zwar viele wieder nach Kambodscha zurück, doch müsse darüber erst noch verhandelt werden. Bisher gebe es weder im östlichen Svay Rieng noch in den 17 anderen Provinzen Kambodschas - und auch nicht in Phnom Penh - größere Siedlerwellen (Reisebericht in The Australian Financial Review, 16.2.81).

2. Innenpolitik

a) Der Verfassungsentwurf ist fertig

Zwei Jahre nach der VRK-Gründung (am 7. Januar 1979) liegt bereits der Entwurf für eine Verfassung der VRK vor (SPK in SWB, 13.3.81), der allerdings in Zukunft erst noch durch die Nationalversammlung beschlossen werden muß, deren Wahl ihrerseits vor der Tür steht. Anlässlich der Bekanntgabe des Entwurfs fand am 13. März eine Versammlung von 10.000 Menschen im Sportstadion von Phnom Penh statt (Radio PP in SWB, 18.3.81). Am 16. Februar trat im früheren Königspalast ein dreitägiger Kongreß zusammen, dem die Führungsspitze der VRK präsiidierte, darunter die Minister, die Kader der verschiedenen Departements und Büros in der Zentrale sowie Vertreter der Volksrevolutionskomitees aus den Städten und Provinzen. Ihre Aufgabe war es, den Entwurf anzunehmen (Radio PP in SWB, 20.2.81).

Die Ausarbeitung der Verfassung war am 11. Januar 1980 von der Regierung beschlossen und dann von einer Verfassungskommission übernommen worden. In den nächsten Monaten soll der Entwurf landesweit diskutiert werden (Radio PP in SWB, 12.3.81).

Der Verfassungstext besteht aus 93 Artikeln und gliedert sich in eine Präambel sowie zehn Kapitel, die folgende Überschriften tragen: "Politisches System" (Art. 1-10), "Wirtschaftliches System und politisch-kulturelle und soziale Linie" (Art. 11-29), "Rechte und Pflichten der Bürger" (Art. 30-44), "Nationalversammlung" (Art. 45-58), "Staatsrat" (Art. 59-63), "Ministerrat" (Art. 64-70), "Lokale Volkskomitees" (Art. 71-78), "Justiz" (Art. 79-86), "Nationale Embleme usw." (Art. 87-90) und "Geltung und Änderungen" (Art. 91-93). Der Verfassungstext gleicht bis in die Einzelheiten der neuen vietnamesischen Verfassung, die am 18. Dezember 1980 angenommen wurde (Näheres C.a., Dezember 1980, S. 1077 f.). Die vietnamesische Verfassung enthält allerdings zwölf Kapitel, nämlich zusätzlich den Abschnitt "Verteidigung"; außerdem sind Kultur und Wirtschaft auf zwei Kapitel aufgeteilt. Identisch sind die "Nationalversammlung", der "Staatsrat", der "Ministerrat" und die "Volksräte" sowie die "Justiz". Auch die Grundrechte und -pflichten gleichen einander.

Im Gegensatz zu Vietnam definiert sich die VRK allerdings nicht als sozialistischen, sondern nur einen "demokratischen Staat auf dem Wege zu einem echten Sozialismus" (Art. 1). Auch hier allerdings hat die KP die Führung (Art. 4). Entsprechend dem Klassencharakter gibt es in Vietnam an Produktionsmitteln nur noch Volks- und Kollektiveigentum, während die VRK daneben auch noch Individualeigentum an Produktionsmitteln und sogar an Boden anerkennt, das Einzelpersonen oder aber Solidaritätsgruppen zugewiesen wurde (Art. 15-17). Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß die "nationale Wirtschaft der Leitung des Staates unterstellt ist" (Art. 11). Neben dem staatlichen Handel soll es auch privaten Handel geben. Der Außenhandel allerdings unterliegt dem Staatsmonopol (Art. 19).

Bei den Grundrechten werden an erster Stelle die "Menschenrechte" genannt (Art. 30) - eine Reaktion auf die Khmer-Rouge-Politik. Der nachfolgende Grundrechtskatalog ist nicht vollständig. Eine Ergänzung findet sich in Art. 5-8 (Gleichheit, Religionsfreiheit, Erziehungsfreiheit usw.). Warum diese Grundrechte hier in Kapitel 1 vorgezogen wurden, liegt nicht ohne weiteres auf der Hand. Vielleicht sollten die von den Khmers Rouges besonders mißachteten Grundrechte eine Hervorhebung erfahren. Die im Grundrechtskatalog genannten Rechte können formell nicht eingeklagt werden. Lediglich eine Petition steht zur Verfügung.

In den Kapiteln IV-VIII werden fünf Staatsorgane festgelegt - genauso wie in Vietnam -, nämlich:

- Die Nationalversammlung, die als höchstes Staatsorgan im wesentlichen Gesetzgebungs-, Haushalts- und Personalrechte wahrzunehmen hat. Die Legislaturperiode dauert fünf Jahre.

- Der Staatsrat hat dieselbe Funktion wie der "Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses" in China, ist also m.a.W. die ständige Vertretung der NV in deren tagungsfreien Zeiten und nimmt zugleich kollektiv die Rolle eines Staatspräsidenten wahr (Art. 59). Außerdem ist der Vorsitzende des Staatsrats Oberbefehlshaber der Streitkräfte sowie Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats (Art. 59, Abs. 3).

- Der Ministerrat ist die Regierung der VRK und höchstes Ausführungsorgan. Er entspricht dem chinesischen Staatsrat und besteht aus dem Ministerpräsidenten, seinen Stellvertretern und den Ministern. Staatliche Kommissionen (Superministerien) scheint es in der VRK nicht zu geben. Der Ministerrat fungiert auf fünf Jahre und ist der NV verantwortlich.

- Die lokalen Volksräte. Im Gegensatz zu Vietnam gibt es auf den einzelnen Ebenen nur Volksräte, dagegen keine Volksversammlungen, d.h. also keine lokalen Parlamente. Die Räte sind unmittelbar der lokalen Bevölkerung verantwortlich (Art. 74), also nicht formellen Volksversammlungen! Ebenso wie in Vietnam ist die Struktur der lokalen Gliederungen dreistufig (Provinz-, Kreis- und Kommuneebene). Den 18 Provinzen (khet) sind die der Zentralregierung unmittelbar unterstellten Städte (krong) - Phnom Penh - gleichgestellt. Eine Provinz zerfällt in Kreise (srok), ein Kreis wiederum in Kommunen (khum). Die der Zentralregierung direkt unterstellten Städte zerfallen in Stadtbezirke (sangkat). Volksräte bestehen in allen Provinzen, zentralregierten Städten, Kreisen, Kommunen und Stadtbezirken. Aufgabe der Räte ist es, Aufgaben wahrzunehmen, die ihnen gesetzlich zugewiesen werden, Zirkulare herauszugeben und die Durchführung von Regierungsanordnungen zu überwachen (Art. 76).

- Die Justizorgane bestehen aus Volksgerichten sowie aus Militärtribunalen (Art. 80). Darüber hinaus werden "Ankläger" genannt, also offensichtlich Volksstaatsanwälte.

Alle fünf obengenannten Staatsorgane sollen durch Gesetz noch näher geregelt werden. Die Verfassungsordnung wird also noch einige Zeit brauchen, ehe sie zu Ende gebaut ist. Hauptstadt ist und bleibt Phnom Penh (Art. 90).

In einer Würdigung des neuen Verfassungstextes hob Heng Samrin vor allem die Rolle hervor, die der Frau zugewiesen ist. Nie vorher seien ihr solche Möglichkeiten eingeräumt worden (Radio PP in SWB, 12.3.81). Sowohl von Beijing und von Radio DK als auch von der thailändischen "Voice of Free Asia" wurde die neue Verfassung als Bemäntelung des "Lakaienregimes" in Phnom Penh durch Vietnam kritisiert (SWB, 16. und 19.3.81).

b) Über die bevorstehenden Wahlen sollen im nächsten Bericht (April/Mai) Einzelheiten gebracht werden.

III. Das Dritte Kambodscha

Sihanouk verhandelt mit den Roten Khmer - steckt dann aber wieder zurück

Am 10. Februar traf Sihanouk in seinem Exil in Pyongyang überraschend mit dem Botschafter des DK zu einer Besprechung zusammen und unterrichtete ihn über seinen Plan, an der Bil-

dung einer Gesamtkambodschanischen Vereinigten Kampffront gegen Vietnam teilzunehmen. Zu diesem Zweck sei er auch bereit, mit der DK-Regierung, deren Repräsentanten er bisher als Mörder und Faschisten zu bezeichnen pflegte, in Verhandlungen einzutreten. Die DK-Regierung griff diese Nachricht unverzüglich auf und richtete - in Form eines von Khieu Samphan unterzeichneten Schreibens - bereits am 11. Februar eine Bitte an Sihanouk, schnellstens ein Datum festzulegen (abgedruckt in News Bulletin des DK (bei der UNESCO in Paris) vom 16.2.81).

Nur wenige Wochen vorher hatte Sihanouk seinen Abschied von der Politik als unwiderruflich bezeichnet (vgl. auch C.a., November 1980, S.969 f.). Kein Wunder, daß er nun, nach der überraschenden Ankündigung der Verhandlungen mit den Khmers Rouges, als "Saxophonspieler" bezeichnet wurde, "der seine Zuhörer mit Soloauftritten zu unterhalten pflegt, die stets improvisiert sind" (The Times, 18.3.81). Über sein Privatsekretariat in Paris (Bulletin Mensuel de Documentation, 3, Avenue Raymond Poincaré, 75116 Paris) gab er ein "Memorandum" heraus, in dem er seine Bedingungen für eine "Zusammenarbeit" mit den "Khmers Rouges" nennt. Würden die dort genannten Bedingungen nicht angenommen, müsse er sich endgültig aus der "aktuellen Politik" zurückziehen. Diese Bedingungen sind i.e.:

- Kambodscha solle in Zukunft wieder "Cambodge" heißen und nicht mehr "Kampuchĕa Démocratique". Außerdem müßten die alten Staatssymbole und die frühere Nationalhymne wieder eingeführt werden.

- Die VR China müsse substantielle Hilfe leisten, und zwar auch an die Truppen der Moulinaka und anderer "sihanoukistischer Partisanen" - nicht nur an die Khmer- Rouge-Truppen.

- Was die Regierung anbelange, so schlage er einen Staatschef vor, der der Regierung nicht verantwortlich ist, ferner einen Premierminister und eine Reihe von Ministern und stellvertretenden Ministern, die die Möglichkeit haben, auf kambodschanischem Territorium zu residieren und zu reisen. Er, Sihanouk, wolle, ähnlich wie schon 1970-75, die Stelle eines Staatschefs und eines Präsidenten der Einheitsfront einnehmen, ohne allerdings die Pflichten der Exekutive zu übernehmen sowie militärische Operationen zu leiten. Als Ministerpräsident werden entweder Penn Nouth, der alte Mitstreiter Sihanouks, oder Khieu Samphan oder aber Son Sann vorgeschlagen. Als stellvertretende Ministerpräsidenten nennt Sihanouk In Tam, Ieng Sary und Son Sen (letztere DK-Außenminister und DK-Verteidigungsminister) (Sihanouk schlägt hier also Persönlichkeiten aller Schattierungen vor, die Repräsentanten einer wirklichen Vereinten Front sein könnten).

- Sihanouk behält sich ferner das Recht vor, mit solchen Personen nicht in Kontakt treten zu brauchen, die ihm persönlich aus bestimmten Gründen (angespielt wird hier offensichtlich auf Personen, die er für Mörder hält) mißfallen.

- Weiterhin behalte er sich das freie Recht auf Wort und Schrift vor.

- Des weiteren wünscht er volle Aufklärung über das Verschwinden seiner Kinder und Verwandten.

- Falls die Vietnamesen aus dem einen oder anderen Grund sich zurückzögen, müsse Kambodscha sofort unter strikt internationaler Kontrolle neutralisiert werden. Sämtliche kambodschanischen "bewaffneten Elemente" müßten sich bereit erklären, sich entwaffnen zu lassen; Friede und Sicherheit im Inneren Kambodschas müßten durch eine internationale

"Peace-keeping Force" sichergestellt werden, die noch vor dem Abmarsch der vietnamesischen Truppen in Kambodscha bereitstehen hätte (Sihanouk zielt hier also auf das Versprechen einer freiwilligen Selbstentwaffnung der Khmer-Rouge-Truppen ab).

- Die allgemeinen Wahlen, die sodann stattfänden, hätten unter internationaler Kontrolle der UNO abzulaufen.

Zwei Punkte stehen im Zentrum dieses Memorandums, nämlich die chinesische Hilfe und die freiwillige Selbstentwaffnung der Khmers Rouges. Was den ersteren Punkt anbelangt, so haben sich die Chinesen seit 1979 prinzipiell bereiterklärt, jede antivietnamesische Gruppierung in Kambodscha voll zu unterstützen.

Zum eigentlichen Prüfstein mußte damit die Selbstentwaffnungsforderung werden, die denn auch, wie eigentlich nicht anders zu erwarten, von Khieu Samphan bei den Verhandlungen in Pjöngjang am 10. und 11. März 1981 abgelehnt wurde. Das Treffen am 10./11. März dauerte zweieinhalb Stunden und endete, wie Sihanouk versicherte, mit einem "Mißerfolg" (The Straits Times, 11.3.81). Allerdings wolle er, Sihanouk, Khieu Samphan Ende April in Beijing noch einmal treffen. Die anderen Punkte seien von den Khmers Rouges angenommen worden, vor allem die Existenz einer "unabhängigen sihanoukistischen Kraft" und die Garantie, daß im Falle eines Rückzugs der Vietnamesen ein Mehr-Parteien-Parlamentssystem unter internationaler Überwachung gebildet werde. Sihanouk befürchtet, daß die Khmers Rouges, falls ihre Streitkräfte nicht sofort entwaffnet würden, die sihanoukistischen Kräfte und diejenigen Son Sanns "schlucken" würden (ebenda).

Im Gegensatz zu Sihanouk wertete Khieu Samphan das Treffen als Erfolg, wie er am 12. März chinesischen Journalisten gegenüber versicherte. In folgenden Punkten sei Übereinstimmung erzielt worden:

- Einigkeit über die Notwendigkeit eines größeren gemeinsamen Nenners für ein politisches kambodschanisches Programm.

- Verstärkter militärischer Kampf gegen die Vietnamesen.

- Fortsetzung des diplomatischen Vertretungsrechts der DK für Kambodscha.

- Selbständigkeit der verschiedenen kambodschanischen Kampfparteien innerhalb der gemeinsamen Front.

- Errichtung eines parlamentarischen Systems für den Fall eines Rückzugs der Vietnamesen (BRu 1981, Nr.12, S.8 f.).

Es fragt sich, warum Sihanouk überhaupt in Verhandlungen mit den Khmers Rouges eingetreten war, wenn doch eigentlich von vornherein abzusehen war, daß sich die DK-Streitkräfte nicht am Vorabend ihres "Sieges" freiwillig entwaffnen lassen würden. Mehrere Erklärungen bieten sich dafür an:

- Sihanouk selbst erklärt, daß er dem Drängen der zahlreichen in französischem Exil lebenden Kambodschaner nicht mehr länger habe widerstehen können.

- Möglicherweise aber wollte er verhindern, daß sein Konkurrent Son Sann die Initiative für die Bildung einer dritten Kraft ergriff. Dessen Chancen standen ja noch im Januar 1981 nicht schlecht. Er war in vier Länder gereist (Frankreich, Großbritannien, Japan und China) (Näheres C.a., Januar 1981, S.63), hatte die Amerikaner um Waffen gebeten (The Straits Times, 13.3.81) und war zu einer Art Favorit von Thailand geworden, das in dem 70jährigen eine Alternative zu Sihanouk

sah, nachdem Son Sann sich mit Dien Del, einem von Lon Nols führenden Generalen, zur Nationalen Befreiungsfront des Khmervolkes zusammengeschlossen hatte. Noch im Januar hatte es den Anschein, als gingen die führenden DK-Leute, u.a. Pol Pot, freiwillig nach Beijing ins Exil, um so kambodschanischen Patrioten die Möglichkeit zur Bildung einer auch international lupenreinen neuen Führung zu geben.

Möglicherweise hat Sihanouk in diesem Augenblick beschlossen, doch noch im letzten Augenblick auf den bereits fahrenden Zug zu springen. Das überwältigend positive Echo, das er dabei von China und den ASEAN-Staaten erhielt, war eine weitere Ermutigung. War nun die schon lange ersehnte "dritte Kraft" nicht greifbar nahe (Le Monde, 27.1.81)? Am 22. Februar lud Sihanouk Son Sann zu Gesprächen nach Beijing ein (XNA, 23.2.81). Son Sann ließ jedoch erkennen, daß er sich einer Vereinten kambodschanischen Front unter Führung Sihanouks nicht anschließen wolle, falls - wie er zweideutig hinzufügte - diese Front nicht "dem Willen des kambodschanischen Volkes" entspreche. Auch wolle er nicht an dem Treffen Sihanouk - Khieu Samphan in Pyongyang teilnehmen (Kyodo in SWB, 28.2.81). Bei den verschiedenen Interviews, die Son Sann im Dschungellager nahe der thailändischen Grenze gab, behauptete sein Mitkämpfer, General Dien Del, die Son-Sann-Front verfüge über 20.000 Mann unter Waffen, von denen rund 6.000 in den Grenzregionen kämpften (AFP in SWB, 28.2.81). Es handelt sich hier wahrscheinlich um eine bewußte Übertreibung, um Thailänder und Amerikaner zu mehr Unterstützung zu ermuntern. In Wirklichkeit dürfte sich die Kampfkraft der Front nur auf etwa 3.000 Mann belaufen.

Obwohl die Gespräche in Pyongyang gescheitert waren, gab Sihanouk sich nicht geschlagen. Mitte März gab er in Pyongyang die Gründung einer neuen politischen Partei, die den Namen "Nationale Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kambodscha" trägt (es ist dies eine jener unendlich langen Bezeichnungen, wie sie in Kambodscha üblich geworden sind, und zwar im Zusammenhang mit der EFKNR Heng-Samrins und der "Patriotischen und Demokratischen Front der großen Nationalen Einheit Kambodschas" (Pol-Pot-Front). Die neue Sihanouk-Partei strebe ein militärisches Bündnis mit den Roten Khmer (also doch!) und den antikommunistischen Kämpfern des ehemaligen Ministerpräsidenten Son Sann an. Auch bat Sihanouk um amerikanische Militärhilfe: "Zwei Hilfen sind besser als eine." Die Abkürzung der neuen Partei heißt "FUNCINPEC" (Front d'Union Nationale pour un Cambodge Neutre, Pacifique et Coopérative). Die Partei solle, wie es heißt, als politischer Arm einer noch umfassenderen Organisation dienen, zu der dann auch eine militärische Abteilung gehören solle, nämlich die ANS (Armée Nationaliste Sihanoukiste). Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich auch In Tam sowie der frühere Verteidigungsminister Sihanouks, General Nhek Tioulong, der die FUNCINPEC in Frankreich straffer organisieren soll. In Tam, früherer Ministerpräsident der Khmer-Republik, der unter Lon Nol diente, reiste anschließend nach Paris und von dort nach Washington weiter. In Tam soll die neue sihanoukistische Armee, die ANS, befehligen. Kernstück der ANS wird die Moulinaka, eine kleine, aber entschlossene militärische Gruppe sein, die im Bereich der thailändisch-kambodschanischen Grenze stationiert ist (Bangkok "Nation Review" in SWB, 27.3.81).

Käme diese neue Partei zum Tragen, so könnte sie in der Tat Kern eines "Dritten Kambodscha" sein. Eine solche Partei entspricht auch den Intentionen der ASEAN-Staaten, die eine Vereinte Front aller nichtkommunistischen Kräfte wünscht (Radio Singapur in SWB, 9.2.81). Ein Teil der gerade erzielten Vereinbarungen mit Khieu Samphan würde sogleich wieder hinfällig. Hatte Sihanouk in Pyongyang noch seine Zustimmung

zum Verbleib der DK-Regierung in der UNO gegeben, so muß er nun wünschen, daß in Zukunft seine eigene Partei auf den Kambodscha-Sessel der Vereinten Nationen kommt. Zumindest für die fernere Zukunft hat der Prinz für die eine oder andere Nation die Möglichkeit eröffnet, die "Sihanouk-Karte zu spielen". Sihanouk macht heute deutlich, daß er seine Chance gekommen sieht, sobald der UNO-Sitz vakant geworden ist. China stehe jetzt noch auf der Seite der Roten Khmer, aber der Tag sei abzusehen, an dem China sich anders besinnen müsse. "Die Niederlage der Pol-Pol-Anhänger in der UNO wird auch eine Niederlage für China sein. Beijing wird uns gezwungenermaßen voll unterstützen müssen - wie schon 1970" (Interview Sihanouks in Newsweek, 9.2.81, S.52).

C. Laos

1. Außenpolitik

Beziehungen zu Thailand:

Seit den Zusammenstößen auf dem Mekong im Juni 1980, über die in der vorliegenden Serie schon wiederholte Male berichtet wurde, kam es nun - acht Monate später - zu erneuten bewaffneten Grenzzwischenfällen, und zwar am 6., 7., 10. und 18. Februar. Beide Parteien gaben sich, nach eingespieltem Ritual, gegenseitig die Schuld. Vientiane behauptet, daß "die Thai-Reaktionäre" bewaffnete Provokationen gegen die zu Laos gehörende kleine Insel Sangkhi im Mekong begangen hätten, und zwar durch Artilleriebeschuß und Einsatz von Infanterie. Schon am 24., 26., 27. und 28. Januar sowie am 2. und 4. Februar habe Bangkok eine Anzahl Soldaten losgeschickt, um die laotischen Grenzeinheiten auf der kleinen Insel zu provozieren und anzugreifen (Radio Vientiane in SWB, 12.2.81).

Die thailändische Seite behauptet umgekehrt, daß laotische Truppen am 6. und 7. Februar mit schweren und leichten Waffen das Feuer auf zwei Grenzdörfer in der thailändischen Provinz Nong Khai eröffnet und dabei sieben Einwohner verwundet hätten. Ein ähnlicher Vorfall habe sich am 10. Februar wiederholt. Anschließend hätten die laotischen und vietnamesischen Behörden Truppen und Ausrüstung auf den von Laos kontrollierten Inseln Sangkhi und Kan Pean im Mekong verstärkt. Mitte Februar sei ein ganzes vietnamesisches Bataillon auf die Insel Sangkhi verlegt worden (Voice of Free Asia, Bangkok, in SWB, 11.2.81, unter Wiedergabe einer Stellungnahme des thailändischen Außenministeriums).

Aufgrund der Vorfälle schloß Thailand am 8. Februar erneut die Grenze zu Laos, öffnete sie aber bereits am 23. wieder.

Es handelt sich um einen der vielen Vorfälle, bei denen nie ganz klar festzustellen ist, wer den unmittelbaren Anlaß gegeben hat. Beijing sieht als eigentliche Ursache die systematische "Expansions- und Aggressionspolitik Hanois", das plane, zusätzlich Thailands 16 nordöstliche Provinzen in seine "Indochinesische Föderation" einzubeziehen. Zu diesem Zweck übe es Druck auf Thailand in verschiedenen Formen aus, und zwar durch militärische Bedrohung (verstärkte Stationierung von Truppen entlang der thailändisch-laotischen Grenze und systematische Provokation Thailands) sowie in Form von Verleumdungskampagnen, durch die Thailand, das ja nur Notwehr leiste, als "kriegslüsternd" hingestellt werde (BRU 1981, Nr.9, S.24 und XNA, 16. und 17.2.81).

Thailand hat inzwischen geplant, ein "umfassendes Verteidigungssystem" während der Periode des 5. Fünfjahresplans (1982-1986) aufzubauen. Danach sollen 4.000 Selbstverteidi-

gungsdörfer entstehen, die von 20.000 Soldaten zu verteidigen sind. Das System gliedert sich in drei Teile: strategische und territoriale Verteidigung und Milizen. Die strategische Verteidigung betrifft alle drei Einheiten der Streitkräfte, während das Territorialsystem paramilitärische Einheiten und Grenzpolizei umfaßt. Die Miliz besteht aus Freiwilligen. Durch diese Verteilung der Verteidigung auf mehrere Schultern sollen die Hauptstreitkräfte entlastet werden.

2. Innenpolitik

Zwei Gedenktage wurden begangen:

Am 22. März wurde der 26. Gründungstag der Laotischen Volkspartei, also der Kommunistischen Partei von Laos, feierlich begangen. Nach der offiziellen Selbstdarstellung wurde die KPL am 22. März 1955 gegründet, und zwar unter Zusammenschluß der laotischen Mitglieder der ehemaligen Kommunistischen Partei Indochinas, die ihrerseits 1930 gegründet und 1951 als solche aufgelöst worden war, da sie sich damals (und zwar im Februar 1951) in "Partei der Werktätigen Vietnams" umbenannte, also aus einer regionalen zu einer nationalen Organisation geworden war, die nun auch in Kambodscha und Laos ihre Entsprechungen finden mußte. Im Jubiläumsaufruf wurde betont, daß die Partei schon 1980 versucht habe, die Mitgliederzahl zu erhöhen und vor allem die Basisorganisationen zu festigen (Radio Vientiane in SWB, 27.3.81).

Am 20. Januar bereits hatte die Laotische Volksbefreiungsarmee ihren 32. Jahrestag gefeiert. Dabei war die enge Verbindung von Verteidigung und Sicherheit, von militärischen und ökonomischen Aufgaben betont worden (Siang Pasason in SWB, 7.2.81). In China verhalten sich Armee und Bevölkerung zueinander wie "Fische und Wasser", in Laos wie "Lotus und Wasser". Aufgabe der Armee ist es nicht nur, gegen die "Großmachtexpansionisten und -hegemonisten in Beijing" Front zu machen (Radio Vientiane in SWB, 19.2.81), sondern auch gegen die Überfälle der Anhänger des "schwarzen Generals" (gemeint ist Vang Pao) Widerstand zu leisten, die das Land immer noch beunruhigen. Häufig sind deshalb Soldaten gemeinsam mit Bauern oder Arbeitern an gleichen Projekten beschäftigt. Neuerdings scheinen die Untergrundaktionen zuzunehmen. Xinhua (XNA, 9.2.81) spricht von einer Reihe von Überfällen Anfang Februar, bei denen annähernd 60 Regierungssoldaten außer Gefecht gesetzt wurden (zum Guerillakrieg in Laos vgl. C.a., Januar 1981, S. 65 und November 1980, S. 970 ff.).

3. Wirtschaft

Ministerpräsident und Parteichef Kaysone Phomvihane hielt am 6. Januar vor dem Obersten Volksrat im Namen des Ministerrats eine Rede, in der er die Situation des Landes in den vergangenen fünf Jahren, also von 1975 bis Ende 1980, Revue passieren ließ, und in der er außerdem Rechenschaft ablegte über die Durchführung des Dreijahresplans (1978-80) sowie über die Zielsetzungen des bevorstehenden Fünfjahresplans (1981-85) (Radio Vientiane in SWB, 23.1., 28.1., 4.2. und 21.2.81).

Die nachfolgende Zusammenfassung dieser mehrstündigen Rede ergänzt die Ausführungen in CHINA aktuell (Dezember 1980, S. 1084-1086).

a) Teil 1: Rückschau auf die vergangenen fünf Jahre (1975-80) und auf den Dreijahresplan (1978-80)

- Verteidigung und Sicherheit

Man habe die "zwei strategischen Aufgaben" (Verbindung von Verteidigung und Sicherheit mit sozialistischem Aufbau) stets im Auge behalten und dadurch einen friedlichen Übergang sicherstellen können.

- Wirtschaft

1980 seien 300.000 t Getreide mehr erzielt worden als 1975. Zum ersten Mal in der laotischen Geschichte seien über 1 Mio. t Reis eingebracht worden.

In den fünf Jahren habe man ferner 100.000 ha Neuland erschlossen. Die bewässerten Hochleistungsflächen beliefen sich nunmehr auf 114.200 ha. Die Fläche für Reisanbau auch in der Trockensaison habe sich seit 1975 verdreifacht (künstliche Irrigationssysteme gehörten in der Vergangenheit zu den großen Ausnahmen; im wesentlichen verließ sich der laotische Bauer auf Flächen mit natürlicher Bewässerung in den Flußebenen).

Im Dienste der Landwirtschaft habe der Staat eine Reihe von Industrieeinrichtungen geschaffen, so z.B. Fabriken für Viehfutter, für Viehimpfungen und Traktorenwerkstätten sowie eine Reihe von Unternehmen für die Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten.

Auf dem Gebiet der Viehzucht sei es gelungen, Krankheiten auszurotten und die Zahl der Rinder gegenüber 1975 um 350.000 zu vermehren. Neben der kollektiven spiele auch die individuelle Viehzucht noch eine wichtige Rolle.

Die Forstwirtschaft, eine der Hauptstärken des Landes, wurde dadurch gestärkt, daß man zum einen die willkürliche Abholzung eindämmte und zum andern mit einer "Aufforstungsbewegung" begann. Bisher wurden 1,5 Mio. ha Wald überprüft, und zwar mit sowjetischer Hilfe. Die Zahl der Maschinen im Forstbetrieb wurde erhöht. Jedes Jahr hatte man den Produktionswert aus Forsten um je 30% erhöhen können.

Auch die Landwirtschaftskollektivierung sei fortgeschritten. Ende 1979 bereits seien rund 70% der Bauern Mitglieder von Genossenschaften gewesen.

Im Industriebereich wurde die zweite Bauphase des hydroelektrischen Projekts des Nam-Ngum-Damms vollendet, womit die Elektrizitätsproduktion von 30.000 kW auf 110.000 kW ansteigen kann. Über 80% sind bereits von Erdöl auf Elektrizität umgestiegen. Die elektrischen Hochspannungsleitungen sind um das 2,5fache erweitert worden. Gegenwärtig hätten bereits 500.000 Menschen unmittelbar Zugang zum Elektrizitätsnetz.

An Fabrikeinrichtungen wurden in der Fünfjahresperiode gebaut: Reparaturstätten für Autos und Traktoren, Textilfabriken in der Provinz Oudomsai sowie in Vientiane, Wasserwerke, eine Zinnmine in Phontieu, Salzfabriken usw. Im Bereich der Leichtindustrieproduktion werden Fabriken für Bier, alkoholfreie Getränke, Fischsaucen, Biscuits, Mehl, Seife, Plastikbeutel und Haushaltsgegenstände erwähnt. Ferner existieren Herstellungsstätten für Ziegel und Dachziegel.

Kleinindustrielle und Handwerks-Betriebe werden sowohl von Kollektiven als auch von Privatleuten betrieben. Gerade hier soll der Privatinitiative nach wie vor ein weiter Spielraum verbleiben.

Im Tiefbau sind 3.000 km Straßen entweder repariert oder neu gelegt worden, ebenso 54 alte und neue Brücken, außerdem wurden einige Wasserstraßen, Flugfelder und kleinere Häfen dem Verkehr übergeben. Die Kapazität der Staatstransporte habe sich gegenüber 1976 verdoppelt.

- Kultur, Erziehung und Gesundheit

Noch 1975 seien 60% der Bevölkerung Analphabeten gewesen. Inzwischen seien 80% des Ziels der Alphabetisierung erreicht worden. 94% aller Kreise und 86% aller Dörfer seien "im wesentlichen alphabetisch" geworden. Die Zahl der Volksschulen

habe sich verdoppelt, die der Sekundarschulen sogar ver-
sechsfacht. Gegenwärtig gebe es 20.000 Berufsschüler und
Universitätsstudenten.

Im öffentlichen Gesundheitsdienst seien z.Zt. 6.000 "Kader
und Arbeiter" tätig.

- Diplomatischer Bereich

Enge Beziehungen mit Vietnam, der Sowjetunion und der VRK;
Unterzeichnung gemeinsamer Erklärungen mit dem Königreich
Thailand im Januar und April 1979; allerdings sei es mit
Thailand inzwischen leider wieder zu Spannungen gekommen.

- Verwaltung und Management

Man habe sich um bessere Kader bemüht; doch sei ihre Effi-
zienz immer noch niedrig und der Kontakt mit der Bevölkerung
ungenügend.

b) Teil 2: Richtlinien für den Fünfjahresplan (1981-85)

Auf der Basis des Sozialismus und unter Führung der Partei
gelte es, die Produktion zu erhöhen, auf strategische Belan-
ge Rücksicht zu nehmen (z.B. Ausbau der Route 9 nach Da Nang
sowie der Ölpipelines) und gleichzeitig die Sozialisierung
voranzutreiben.

Die Ziele im einzelnen sind: Land- und Forstwirtschaft an
erster Stelle. Pro Person müßten 350 kg Naßreis und andere
Getreidesorten erzielt werden. Daneben gelte es, die Land-
wirtschaft zu diversifizieren, vor allem in Richtung Süßkar-
toffel, Kassaava und Mais sowie in Richtung auf Industrie-
pflanzen (Kaffee, Tabak, Zuckerrohr, Sojabohnen, Erdnüsse,
Baumwolle usw.).

Besonders gefördert werden soll auch die Viehzucht. Vor al-
lem die 800.000 ha natürliches Grasland in den Höhenlagen
sollten zu diesem Zweck genutzt werden. Besonders eigneten
sich hierfür die Gebiete von Na Kai, die Ebene der Tonkrüge
und das Bolovens-Plateau.

- Im Rahmen der Industrieentwicklung müsse die Stromerzeu-
gung diversifiziert werden. Daneben seien der Bergwerks-,
Chemie- und Maschinenbausektor besonders zu berücksichtigen,
ohne daß allerdings die Leichtindustrie (vor allem Nahrungs-
mittelverarbeitung) vernachlässigt würde.

- Auf dem Gebiet der Infrastruktur müßten die Route 9 (nach
Da Nang) und die Route 13 (Hauptader von Nord nach Süd) so-
wie die Straßen 7, 8, 13 B und 23 mit Vorrang ausgebaut wer-
den. Route 7 im Norden sei zu reparieren, um auf diese Weise
die Verbindung zwischen Vientiane und den nördlichen Provin-
zen von Xieng Khouang und Sam Neua zu verstärken. Auszubauen
seien auch Wasserwege und der Postdienst.

- Es sind ferner Grundlagen des Investbaus zu legen.

- Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, aber auch
mit kapitalistischen Ländern, die beim Aufbau von Laos Hilfe
leisten können.

- Aufbau effizienter Handelsnetze. Der Handel soll verviel-
fältigt werden. In Kreisstädten soll es jeweils ein Handels-
zentrum und Märkte geben; daneben staatseigene Läden, Ver-
marktungsgenossenschaften, Lebensmitteläden, Reparaturein-
richtungen und vor allem kleine Servicebetriebe. Das "System
der Versorgung der Bevölkerung mit den acht Grundgütern"
müsse beibehalten werden.

Im Außenhandel gelte staatliches Monopol.

Was die Einzelpreise anbelangt, so müsse das System doppel-
ter Preisbildung beibehalten werden: Einerseits sind die
rationierten Güter zu festen Preisen auf den Markt zu brin-
gen, andererseits sind bei solchen Gütern, die nach Erfül-
lung des Staatsplans von Bauern auf den kleinen Märkten ver-
äußert werden, die Grundsätze des Marktes zu dulden.

Großhandelspreise für Industriegüter andererseits sind durch
den Staat zu fixieren.

- Genauere Kontrolle des Geldstroms durch Banken und Finanz-
institutionen des Staates.

- Löhne und Gehälter

Gegenwärtig gebe es in Laos 1,5 Millionen "Arbeiter" (ge-
meint sind wahrscheinlich Arbeitskräfte), die 1985 schließ-
lich die Zahl von 2 Millionen erreichen würden. Für land-
wirtschaftliche Arbeit würden gegenwärtig nur 100 Arbeits-
tage im Jahr, für Industrie 150 Arbeitstage aufgebracht. Die
Zahl des beim Staat angestellten Personals sei rapide in die
Höhe gestiegen, doch sei deren Arbeitskraft nicht immer aus-
gelastet.

Für die Umschichtung von Arbeitskräften sei damit noch viel
Raum. Hierbei müßten die "drei Arbeitszweige", nämlich Pro-
duktion/Aufbau, Militärwesen und Erziehung, besonders be-
rücksichtigt werden.

Um die Effizienz zu erhöhen, solle dem Leistungskriterium
Raum gegeben werden: Wer mehr leistet, erhält auch mehr Lohn
- und umgekehrt. Außerdem sei darauf zu achten, daß die Ar-
beiter und Angestellten ihre Löhne regelmäßig auf Monatsba-
sis erhalten.

Im Bereich der Landwirtschaft müsse danach gestrebt werden,
jährlich mindestens 200 Arbeitstage auszufüllen.

- Maßnahmen, die die Erfüllung des künftigen Fünfjahresplans
sicherstellen sollen:

Die beiden wichtigsten Methoden sind hier der Einsatz eines
effizienten Managements und sodann die Einführung des "neuen
Systems der Verbindung von Plan und Markt". Im Mittelpunkt
stehe der staatliche Plan, der dafür Sorge, daß die einzel-
nen Wirtschaftssektoren zueinander in einem ausgewogenen
Verhältnis stehen. Der Plan umreißt auch die wichtigsten
Einzelprojekte, für die jeweils genügend Arbeitskraft und
Material zur Verfügung zu stellen ist, nämlich z.B. den be-
vorzugten Ausbau der Nationalstraße 9, den Bau von Ölpipe-
lines, die Bestimmung von Hauptarealen für den Anbau von
Kaffee, Tabak, Zuckerrohr sowie für Viehzucht usw., die Aus-
beutung des Bolovens-Plateaus, die Bereitstellung von Motor-
transporteinheiten für Exporte und Importe usw. Für jedes
dieser Projekte muß genügend Finanzmasse sowie genügend Roh-
material bereitgestellt werden. Außerdem müssen die Verant-
wortlichkeiten und die Zeitpunkte für Beginn und Ende präzi-
se festgelegt werden.

Im Rahmen dieser Einzelpläne, die sich wiederum innerhalb
eines staatlichen Gesamtplans gruppieren, muß aber dann das
Wertgesetz zum Tragen kommen; denn nur so bleibt der Einzel-
initiative, der Leistung der Beteiligten, vor allem aber der
Berücksichtigung lokaler Besonderheiten genügend Raum. Stets
müssen die Interessen der drei Seiten, nämlich des Staats,
der Kollektive und der Individuen, berücksichtigt werden.

Auch den Betrieben ist ein gewisses Maß an Freiheit einzu-
räumen. Betriebe haben in Laos folgende Rechtsstellung: Sie
sind juristische Personen; sie erhalten Umlauf- und Anlage-
kapital, können Kredite aufnehmen, Prämien für ihre Arbeiter
auswerfen und Verträge mit anderen Unternehmen schließen.

Die Staatsorgane haben lediglich zu prüfen, ob der staatliche Plan eingehalten wird. Im übrigen aber darf nicht in die Rechte des Betriebsmanagements eingegriffen werden. Außerdem müsse den Betrieben das Recht zugestanden werden, entscheidend bei der Einstellung von Personal mitzuwirken und die Preise für den Kauf und Verkauf bestimmter Güter zu fixieren. Sie dürften auch über den Plan hinaus produzieren und überplanmäßig produzierte Güter selbst verkaufen.

Bestimmte Budgets werden vom Staat festgelegt, so z.B. das Betriebsbudget für Öl und der Rohmaterialverbrauch, ferner die Verwendung der Gewinne und die Abschreibungen. Auch die Großhandelspreise für Güter, die von einem Unternehmen produziert werden, und die Preise für Materialien und Ausrüstungsgüter zugunsten der Betriebe werden staatlich fixiert.

Im übrigen aber arbeitet der Staat mit ökonomischen Hebeln, wie mit Krediten, Steuern, Löhnen, Prämien usw., die nach dem Wertgesetz bestimmt würden.

Ansonsten sei auf Art.13 der Bestimmungen über Staatsunternehmen zu verweisen, in dem die Rechte des Betriebsdirektors im Hinblick auf Material- und Maschinenbeschaffung, Finanzen, Arbeitsfragen, Löhne, wissenschaftliches Management, Anlage- und Umlauffonds, die Kontrollierung von Betriebsplänen usw. genau definiert seien, so daß die Behörden genau wüßten, wo ihre Grenzen gegenüber dem Einzelbetrieb liegen.

All diese Einzelheiten weisen deutliche Parallelen zur vietnamesischen Wirtschaftspolitik auf, wie sie oben in Abschnitt A beschrieben wurden: Teilautonomie der Betriebe, Leistungsentlohnung, Förderung individuellen Unternehmertums (vor allem im Handwerksbereich), Berücksichtigung der "drei Seiten" (Staat, Kollektiv, Individuum), Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren, vor allem aber Verbindung von Plan und Markt - dies alles sind verhältnismäßig "liberale" Maßnahmen, wie sie seit Mitte des Jahres 1979 sowohl in Vietnam als auch in Laos zugelassen sind, nachdem die Führungen dort gemerkt haben, daß sie mit harter und unflexibler Sozialisierungspolitik wirtschaftliche Rückschläge verursacht hatten.

Diese enge Parallelführung ist eines der Phänomene, die die chinesische Propaganda veranlaßt, von "vietnamesischer Kontrolle über die laotische Wirtschaft" zu sprechen (z.B. Radio Beijing in SWB, 3.12.80): Unter der Anleitung vietnamesischer Wirtschaftsberater sei der laotische Kurs genau am vietnamesischen Modell ausgerichtet worden. Im Dezember 1979 beispielsweise sei der Kip auf Anweisung Hanois abgewertet worden. Damit sei Laos dem vietnamesischen Beispiel vom Mai 1978 gefolgt. Beide Währungsreformen seien überdies innerhalb weniger Stunden durchgeführt worden, so daß viele Nachzügler Verluste erlitten hätten. Im übrigen habe man jedermann nur das Maximum von 30.000 Kip in neuer Währung erlaubt. Überhängende Summen hätten hier wie dort auf Regierungsbanken deponiert werden müssen.

In Laos sei ebenso wie in Vietnam nach Abwertung des Geldes noch ein zusätzlicher Anstieg der Warenpreise um 30% verhängt worden. Ebenso wie in Vietnam sei auch in Laos der Einzelhandel weitgehend ausgeschaltet worden. Da in beiden Ländern eine Warenverknappung eintrat, mußte die Bevölkerung hier wie dort auf den Schwarzen Markt rekurren. Da die Preise dort jedoch hoch sind, reichen die Löhne meist nicht aus, um auch nur den einfachsten Lebensbedarf zu decken.

In Laos belaste der Militärhaushalt (genauso wie in Vietnam) die Volkswirtschaft über ihr Leistungsvermögen hinaus. Der kleine Drei-Millionen-Staat der Laoten habe z.Zt. ein Truppenkontingent von 90.000-100.000 Mann zu tragen, darunter 50.000 Vietnamesen. Daß Laos mit einer Pro-Kopf-Produktion von weniger als 100 US\$ pro Jahr mit zu den ärmsten Ländern der Welt gehört - und dies trotz der 16 Mio.ha Wald und der reichen Naturvorkommen -, sei eine Folge der "vietnamesischen" Wirtschaftspolitik sowie der umfassenden Militarisierung.